

*Janita Abend Anstatten...
Anstatten...
Anstatten...*

20
III
20

Mitteilungsblatt

2. Jahrgang der Kommunistischen Partei und der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands
Herausgegeben von der Ortsgruppe Hamburg Nummer 2

Erscheint Sonnabends jeder Woche. Preis 30 Pfennig. Hamburg, den 13. März 1920.

Der Sowjet-Rußlands Wirtschaft.

Wie die deutschen Industriellen sich jetzt an Viktor Ropp, den Vertreter Sowjetrußlands in Berlin, heranbringen, um nach Werte zu spähen, so schartensich auch die Vertreter der kapitalistischen Presse um ihn herum. Kürzlich ließ sich der Berliner Berichterstatter des Pariser Feuilletons "Matin", bei ihm melden, um ihn auszufragen. Ropp scheint dem Herrn eine recht trockene Antwort erteilt zu haben. Nach Berliner Meldungen äußerte er sich, wie folgt:
"Hinsichtlich des Warenaustausches zwischen Frankreich und Rußland sehe ich gegenwärtig keine Möglichkeit dazu in der Erwägung, daß wir Champagner, Parfüms und feibene Unterröcke nicht gerade dringend gebrauchen. Dagegen verfügt Frankreich jetzt über eine gewaltige Menge von Eisenerzen und man kann vermuten, daß es in einigen Jahren metallurgische Erzeugnisse und landwirtschaftliche Maschinen ausführen wird, die wir in unbegrenzter Menge aufnehmen können. Dann erst und nur dann wird ein Warenaustausch möglich und gewinnbringend werden."

Schlechte Aussichten für die französischen Wertpapiere, die sich damit zu testen suchen, daß sie erklären, Ropp habe gesagt, ein Abkommen über die Entlastung des russischen Schulds an Frankreich halte er "durchaus für möglich". — Hoffen und Gedenken...

Ein dauerhafter Friede.

Der vor einigen Monaten darauf hingewies, daß der sogenannte Friede von Versailles nicht den Weltfrieden, sondern nur seine erste Phase abschloß, konnte damit rechnen, von sämtlichen Pazifisten — auch den "kommunistischen" — niedergebügelt zu werden. Weil es den ausgebildeten diplomatischen Bedürfnissen Rußlands entsprach, dem Frieden zu sprechen, glaubte man es für eine kluge Maßnahme, daß auch die deutsche Theorie sofort auf die Linie der diplomatischen Interessen Rußlands einzuschwenken habe. Der Streit um Syrien und Palästina wurde für eine Bagatelle erklärt. An erste Priorität zwischen Frankreich und England sei im "abschließenden Teil" nicht zu denken.

Angewandt hat den Streit um Syrien die russische rote Armee vollständig entschieden. Um der den Vereinigten Staaten nicht passierenden Regulierung der Weltfragen willen verweigert Rodamerila die Unterchrist unter den Bedingungen von Versailles. In der Türkei aber plagen die englisch-französischen Interessengruppen die schärfste aufeinander in dem Augenblick, wo der "Völkerbund" sich auflöst, die türkische Frage gewalttätig zu lösen. Nach dem Geplänkel um Syrien, Arabien, Palästina ist um Konstantinopel der Streit entbrannt. Wir verzeichnen folgende Meldung:

Nach einer Meldung des Minire Notarbüroschen Constantin aus Paris findet die Ansicht, daß England Konstantinopel besetzen soll, in der französischen Presse überwiegend Mißbilligung. Es sei schärflich besonders der "Matin" aus. Er meint, England besitze schon Gibraltar, Malta, den Suezkanal und Ägypten, was bis jetzt noch nicht den Suezkanal nach Konstantinopel, was das erklärte den ganzen Plan. Auch "Libre Parole" vermahnt sich gegen diesen englischen Versuch, seine Weltführerschaft auszuweiten. Die Engländer haben auch versucht, die Vereinigten Staaten auf ihre Seite zu bringen, aber die Vereinigten Staaten haben der Türkei nicht den Krieg erklärt und also auch kein Recht, bei der Regelung türkischer Gebiete mitzureden. Das Blatt schließt seinen Artikel mit der Frage, ob Wilsons Grundsätze gestatten werden, den englischen Machthabern die beherrschende Stellung im östlichen Teile des mittelländischen Meeres zu sichern.

Die türkische Kammer hat einstimmig beschlossen, die Vereinigten Staaten zu ersuchen, eine unparteiische Kommission zu entsenden, um eine Untersuchung über die Morde in Marasch und die allgemeine Lage in Kleinasien anzustellen.

Die Annäherung von Wilsons Grundsätzen ist ein schlechter Witz. Diesen sogenannten Grundsätzen entspricht die englisch-amerikanische Welt Herrschaft unter Führung der amerikanischen Transmananten. Die Weltrevolution wird sich zwar nicht um die Grundsätze des Herrn Wilson kümmern, dafür aber einen Völkerverbund

ins Leben zu rufen, der Dauerhaftigkeit verspricht. Schon ist ganz Asien von ihren Wellen umbrandet.

Ein Hohenzoller in Schutzhaft.

Im Hotel Adlon in Berlin, wo reiche Nichtarmer Summen verschlemmen, von denen eine Proletarierfamilie monatelang ihr kümmerliches Dasein fristen würde, ist es kürzlich in der Sekknaue zu einer Schlägerei zwischen deutschen Gästen und französischen Regierungsvertretern gekommen. Die Kapelle spielte kurz vor Mitternacht "Deutschland über alles", wobei die Franzosen sich nicht erhoben. Die Folge war eine wilde Schlägerei, an der Prinz Joachim Albrecht von Preußen herabragend beteiligt gewesen sein soll. Der Prinz, der sich in Begleitung eines höheren russischen Staatsrates in dem Schlennerlokal der Kriegsgewinnler befand, wurde auf einen Befehl Noskes hin in Schutzhaft genommen, obwohl er jede Teilnahme an der Prügelei bestrittet. — Auch in Bremen wurden Ententeoffiziere geprügelt, die in Uniform mit ihren Orden in der Rajasne und auf der Straße paradierten.

Wie empfinden keine Spur von Mitleid mit den geprügelten Militärs, wie wir es den Prügelhelden der Gegenseite gegönnt hätten, wenn auch sie ihr Teil bezogen haben würden. Wenn die Kerle, die in Deutschland nichts Besseres zu tun haben, als sich bei Adlon den Wanz voll zu stopfen oder mit ihren militärischen Gewohnheiten herumzuproben, sich gegenfettig erheben würden, hätten die Proletarier Deutschlands und Frankreichs sicher keinen Schaden davon.

Was uns hierbei interessiert, ist lediglich das Verhalten des Herrn Noske. Er hat sich aufgerafft, einen Hohenzollerprinzen nach Moabit zu spedieren. Warum? Herr Noske hat Angst vor der Entente, die Rechenschaft fordern würde. Hat der Hohenzoller irgendwelche Gemeinheiten an revolutionären Proletariern verübt, Herr Noske würde ihn gerührt als verwandte Seele in die Keme schließen.

So aber hat er einem Offizier der Entente auf die Hüften getreten. Und schon hat Herr Noske Gelegenheit, den arbeitslosen Demokraten zu spielen, der nicht davon zurückweicht, auch einen leibhaftigen Prinzen aus kaiserlichem Blut hinter die schwebelischen Gardinen zu bringen.

Nicht demokratisches Rechtsbewußtsein — wenn es so etwas geben sollte — spricht aus dem Verhalten Gustav Noskes. Sondern Angst, blasse Angst vor dem französischen Militarismus, der schließlich doch noch mehr kann als Deutschlands Gustav der Starke.

Die Deutschnationalen aber sollten ihre Hüpfel besser im Zaume halten. Gustav in der demokratischen Loge kann ihnen im Stillen dankbar die Hand drücken für die ungewollte Rolle. Denn die Entente wird noch einmal mit sich reden lassen. Sie hat ja einige Ursache, es mit dieser Regierung nicht ganz zu verderben.

Rumänien wünscht vorteilhafte Beziehungen.

Aus Bukarest wird gemeldet:
Auf das Anerbieten tschischer Rumänien möge mit Sowjetrußland in Friedensverhandlungen eintreten, erteilt jetzt der rumänische Ministerpräsident Wadobolwode eine zustimmende Antwort, in der es unter anderem heißt: "Ihr Vorschlag, in Verhandlungen für eine freundschaftliche Regelung zwischen den beiden Staaten zu treten für die Herbeiführung freundschaftlicher und naturgemäß vorteilhafter Beziehungen entspricht den Absichten der rumänischen Regierung. Als Premierminister und Minister des Auswärtigen Rumänien nehme ich Ihren formellen Vorschlag, in Friedensverhandlungen einzutreten, an." Die Antwortnote weist dann darauf hin, daß bezüglich des Ortes und der Zeit der Friedensverhandlungen von Seiten Rumänien der Sowjetregierung noch Vorschläge unterbreitet werden.

Wo alles liegt, kann Karl allein nicht helfen. Der flehme Raubstaat hat es mit echt hohenzollerischem Raubinstinkt bei den letzten Kriegen immer trefflich verstanden, auf Kosten anderer Staaten Sonderverträge für seine herrschende Klasse herauszuschlagen.

Hoffen wir, daß die russische Diplomatie sich der rumänischen gewachsen zeigen wird und vertrauen wir im übrigen auf den kolonialistischen Bogus, der die Beziehungen zwischen den Völkern bald vorteilhaft gestalten wird.

Hindenburg vor den Toren.

F. W. Die Position der sogenannten Reichsregierung, die vergeblich versucht hat, durch ihren Hausknecht Noske die neu sich aufredende Arbeiterklasse Deutschlands so zu Boden schlagen, daß ihre zu neuen revolutionären Aktionen keine Kraft mehr bleibt, wird mit jedem Tage ungemühtlicher. Herr Noske, der sich der Generale zu bedienen glaubte, als er mit ihrer Hilfe im vorigen Jahre die Teilaufstände der Proletarier niederschlug, ist in Wirklichkeit immer nur ein Werkzeug in den Händen der Generale gewesen. Diese und die mit ihnen verbündeten Schichten haben ihn gebildet, so lange sie glaubten, ihn nicht entbehren zu können, das heißt, so lange die bürgerliche Klasse sich noch nicht so fest konsolidiert hat, daß sie anstelle der gestürzten Fürsten die politische Macht in Deutschland selbst übernehmen konnte. Wie der Teufel in der Not auch die Fliege nicht verschmäht, so hat die Bourgeoisie mit samt der Mittellasse wie Herrn Noske, so auch Herrn Ebert gebildet. In der Zeit der proletarischen Teilaufstände hätte die Verjagung der Reichssozialisten von der Regierungstruppe die revolutionäre Einigung der Arbeiterklasse zur gemeinsamen Aktion gegen die hereinbrechende Konterrevolution bedeutet. Die Herren Ebert und Noske hatten deshalb zunächst eine historische Aufgabe im Interesse der Konterrevolution zu erfüllen. Sie mußten die Spaltung der Arbeiterklasse so lange verbürgen, bis der revolutionäre Teil niedergeschlagen, der rechtssozialistische Teil dagegen sich wieder willig in das alteingesessene kapitalistische Joch hatte einspannen lassen, sodas mit einer umfassenden Klassenaktion für die nächste Zukunft nicht zu rechnen seien.

Das den Ende Gespenst der bevorstehenden proletarischen Revolution scheint der Bourgeoisie und den Militärs heute gebannt. Wie weit sie sich bei ihren politischen Berechnungen durch mangelhaftes Verständnis für die Psychologie der Arbeiterklasse täuschen lassen, und wie weit sie mit der Möglichkeit eines kapitalistischen Wiederaufbaues einfach zu rechnen berechtigt sind, wollen wir für heute dahin gestellt sein lassen. Es genügt, daß die Herrschaften der Bourgeoisie glauben — und es der Mittellasse versichern —, daß die realen Machtpositionen sich in Deutschland seit den Tagen der Revolution so verschoben haben, daß eine offen kapitalistische Regierung ohne sozialdemokratisches Mäntelchen wieder möglich erscheint.

Aus dieser Auffassung der Bourgeoisie und ihres militärischen Anhanges ergeben sich bestimmte politische Folgerungen von selbst: Die Sozialdemokratie hat ihre Schuldigkeit getan, sie kann gehen. Fort mit Herrn Noske, dessen Aufgeblasenheit und machtprozige Geistes Emporkömmlings den alten Männern der Gewalt schoner auf die Nerven fallen dürfte. Was hat Herr Noske hinter sich? Die Mehrheit der Bevölkerung vielleicht? Alle Nachwahlen beweisen, daß große Schichten von Mitläufern der Sozialdemokratie aus den Januarwahlen von 1919 längst zu den Deutschnationalen abgewandert sind, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, die aus dem Felde kommen die Formationen der alten Partei auffüllen, dieser längst den Rücken kehren. Die äußerste Linke der Arbeiterklasse wird immer entschiedener antiparlamentarisch. Das Stimmenergebnis verschleibt sich bei allen neu stattfindenden Wahlen mehr und mehr zu Gunsten der Rechtsparteien. Diese haben den Vorteil, in schärfer Opposition zu stehen zu einer Regierung, die niemanden bezieht, die — abgesehen von ihren dreifertigen Parteiführern —, allen Menschen in Deutschland ein Genuß ist. Die Parteien der Rechten verlangen Neuwahlen, weil ein gewalttätiger Umsturz nicht zweckmäßig erscheint. Wozu auch, wenn die tatsächliche Macht, einschließlich der Reichswehr, sich längst unter der Kontrolle der regierungsfeindlichen Parteien befindet, wenn es sich lediglich noch darum handeln kann, den tatsächlich bestehenden Zustand zu legalisieren? Die Regierung mag die Neuwahlen hinauszuhalten versuchen in der vagen Hoffnung, daß irgend ein Ereignis eintritt, das ihre eine jugkräftige Wahlparole sichert. Mit jeder Woche, die sie, die Herrin der "Demokratie" die Wähler um ihr demokratisches Recht betrügt, häuft sie nur den Haufen der Schuld.

Die demokratische Phrase, bestimmt gegen das revolutionäre Proletariat zu wirken — das sich durch Präsenzen nicht mehr verblüffen läßt — fängt an, gegen die demokratische Regierung zu schlagen. Gesehliche Verantwortung der Konterrevolution durch die Mittel der Demokratie unter Zertrümmerung der politischen Basis der sozialistischen Gaukler — das ist der Schwerpunkt einer Entwicklung, die von vornherein darauf hinausläuft, mit demokratischen Mächten die Diktatur des Proletariats zu diskreditieren, um an ihrer Stelle die Diktatur der Bourgeoisie nur um so fester zu verankern.

Wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach Wie Herr Noske, ist auch Herr Ebert für die Konterrevolution erledigt. Die Wähler der Rechten bezeichnen es als eine unerhörte Annahme, daß dieser würdige Repräsentant sozialdemokratischer Verwaltungstechnik die „provisorische Präsidentschaft“ noch immer ausreicht erhält, noch immer sich weigert, die Neuwahl des Präsidenten vornehmen zu lassen. Urabstimmung durch das Volk! — ohne Zweifel eine sehr demokratische Parole! Die Parteien der Rechten lassen sie erörtern und präsentieren — Hindenburg als geeigneten Kandidaten. Kein Zweifel — würde „das Volk“ sich in Urabstimmung zu entscheiden haben — es stünde schlecht um die Chancen des Herrn Ebert. Kein revolutionärer Arbeiter würde ihm die Stimme geben, die steigende nationale Welle der politischen Ignoranz und des nationalen Geschäftsglaubens ließe Hindenburg die Palme des Sieges erringen.

Wir haben die Dinge zu sehen, wie sie sind. Präsidentschaftswahlen, sind keine Personenfragen, sondern ein Ausdruck des Klassenkampfes, den die Präsidentschaft des Herrn Ebert vergeblich zu vertuschen sucht. Ebert muß fort, Hindenburg ist für die Arbeiterklasse überhaupt nicht diskutierbar! Nicht als Person, sondern als Vertreter von Interessen, die den Zielen der Arbeiterklasse in Totfeindschaft gegenüberstehen. Die Präsidentschaft Hindenburgs bedeutet den Kampf für die unerbittliche Militärdiktatur in den Formen, die im November 1918 zertrümmert wurden. Die Präsidentschaft Hindenburgs — durch Urabstimmung zustande gekommen — wäre die Wiederholung der „demokratischen“ Politik Napoleons des Dritten. Sie wäre der Vorläufer der Wiederherstellung des Kaiserthums, wobei es ganz gleichgültig ist, ob Hindenburg selbst die Absicht hat, sich die Krone anzusetzen, oder ob er sich nur als Platzhalter für irgend einen deutschen Prinzen fühlt.

Aus diesem Grunde begrüßen wir diese Kandidatur, weil sie die politischen Karten so offen aufdeckt, daß sie selbst jeder sozialdemokratische Arbeiter erkennen kann. Das Deutschland von 1920 ist nicht das Frankreich von 1850, und während damals die Welt sich noch im Zeichen des kapitalistischen Aufstieges befand, stehen wir heute in der ersten Phase der proletarischen Weltrevolution.

Die demokratische Komödie der Präsidentschaft enthält in der Kandidatur Hindenburgs offen ihre Kon-

terrevolutionären Tendenzen. Offen steht Diktatur gegen Diktatur — das Proletariat, wird sich zu entscheiden wissen. Das demokratische Gauklerspiel der Herren Ebert & Co. hat denn doch nicht verunzogen, die Arbeiterklasse in dem Grade zu entnerwen, wie die Bourgeoisie sich einzubilden scheint. Was der Arbeiterklasse fehlt, ist nur: klare Sicht. Die Kandidatur Hindenburgs, das Abwärtswandern der sozialdemokratischen Regierung wird nicht verfehlen, sie ihr zu bieten.

Parlamentarismus und die Kommunistische Partei der Schweiz.

Um den Zentrale-Kommunisten zu ihrem Gezeiter gegen die „kleinbürgerlichen“ und „syndikalistischen Schrullen“ der Hamburger Observanz ein wenig auf die Sprünge zu helfen und damit zugleich die kommunistischen Arbeiter Deutschlands über die Kämpfe in ihren eigenen Reihen hinaus mit den Auffassungen der Genossen anderer Länder über die „strittigen Fragen“ bekannt werden, bringen wir hier eine schweizerische Stimme zum Parlamentarismus. Der Züricher „Kommunist“ tritt den sich um Radek gruppierenden Zentraleleuten entgegen:

„Die letzten Kämpfe innerhalb der kommunistischen Partei Deutschlands und die daraus entstandene Parteispaltung sowie die Direktiven des Bureau der 3. Internationale zwingen uns nochmals zur Stellungnahme zum Parlamentarismus in der Schweiz.

Der Satz des Genossen Karl Radek: „Keine prinzipielle Anerkennung des Parlamentarismus wie die Sozialdemokraten, keine prinzipielle Ablehnung wie die Anarchisten“, wird von der schweizerischen Sozialdemokratie dazu benutzt, um gegen die schweizerischen Kommunisten Sturm zu laufen, die bei den letzten Nationalratswahlen die Parole der Stimmhaltung proklamierten. Zumal dieser Satz aus der berufenen Feder wie die Karl Radeks kommt, ist ihm eine doppelte Beachtung zuzumenden. Solange aber Sozialdemokraten, ein Nobis, ein Schneider usw. sich auf diesen Satz berufen und mit dem Schlagwort des „revolutionären Parlamentarismus“ in die Wahlkämpfe ziehen, um nach derselben ruhig und friedlich in den Sesseln zu hocken, wird die R.P.S. immer rücksichtsloser dieses kautskianertum bekämpfen und gegen jede Wahlbeteiligung dieser Art auftreten.

Man wirft uns deshalb vor, wir seien Anarchisten, Gegner der parlamentarischen Tätigkeit zu allen Zeiten. Die Frage stellt sich nun so für die R.P.S.: Kann das schweizerische Proletariat ohne die opportunistische Tätigkeit der soz. dem. Parlamentarier eine erfolgreiche revolutionäre Taktik befolgen? Nach den bisherigen Erfahrungen beantworten wir mit Ja. Die parlamentarischen „Kämpfe“ der Sozialdemokraten haben

nach je und je den opportunistischen Kern derselben aufgedeckt. Von der Sozialdemokratie ist niemals zu erwarten, daß sie von dieser Opportunistikspolitik lassen kann. Es ist geradezu zwecklos, das die R.P.S. etwa mitteilen würde, Sozialdemokraten in Parlament zuzubefördern. Als einzige Konsequenz würden wir vor die Frage gestellt: Soll sich die R. P. S. an den Wahlen beteiligen, daß heißt, etwa eigene Kandidaten ins Parlament entsenden? Dies ist im heutigen Moment eine Kräfteverschwendung, die den Anfang gegenrevolutionärer Tätigkeit bedeuten würde. Was bisher auf dem Gebiete der Propaganda geleistet wurde, einer Propaganda und Agitation, die in den Massenorganisationen der Arbeiter, in den Gewerkschaften betrieben wurde, ist nie und nimmer der bisherigen Tätigkeit im Parlamente zuzuschreiben; im Gegenteil, alles, was aus diesen Schwachbuden kommt, ist durch die Entwicklung schon überholt. Alle die Geseze wirken geradezu hemmend auf die ganze Arbeiterbewegung.

Radek schreibt weiter: „Sollte aber die Arbeiterklasse für einige Zeit niedergerungen werden, stände vor uns wieder die Aufgabe der Sammlung, so würden wir uns des Parlamentes bedienen, und dies desto mehr, je mehr Verfolgungen auf unsere Organisation und Presse niedersausen.“

In dieser Situation ist gegenwärtig die R. P. Deutschlands. Noske verfügt über alle Macht- und Gewaltmittel. Noske befiehlt, wann die „rote Fahne“ erscheinen „darf“. Noske wird auch bestimmen, ob die Nationalversammlung die Niedertrübline der revolutionären Arbeiter oder die der Monarchisten sein soll. In allen Ländern, ausgenommen in Sowjetrußland, hagelt es Schläge auf Schläge auf die revolutionären Arbeiterorganisationen und speziell auf die kommunistischen Parteien. Verhaftungen, Preisverbote sind alltägliche Erscheinungen. Nun, wie soll in solchen Situationen die Stimme des revolutionären Parlamentariers zu den Massen dringen? Etwa durch die Bourgeoisie-Presse? Oder glaubt man, die sozialpatriotische Presse werde plötzlich revolutionär? Nein, in solchen Momenten finden man alle die Phrasenrevolutionäre auf Seiten der Konterrevolution. Beispiele bietet uns die russische und ungarische Revolution. Ihre Gründe kennen wir, ihr Gefasel von der Demokratie, der Koalition, der Unfähigkeit der Arbeiterklasse. Die Halbheiten der ungarischen Sozialdemokraten trugen das meiste bei zum Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik; die jetzigen Leiden der ungarischen Proletarier sind auf Konto der kautskianer zu buchen. — Die Rede des revolutionären Parlamentariers verhallt ohnlos; als Kämpfer der Revolution wird er gezwungen sein, zu seinem gleichen zurückzukehren; inmitten der Proletarier in den Massenversammlungen wird seine Stimme ertönen. Gleich seinen Mitkämpfern wird ihn keine Immunität schützen. Warum diesen Umweg? Warum diese Verschwendung an Kraft und Energie?

Ernst Lichtenberg: Proletarier.

Proletarier sein, Proletarier sich nennen, heißt: Beschimpft werden als Prolet von jenen, die nicht wissen, was Proletarier ist, die den Zweck ihres Daseins erblicken in Kleidung, Wohnung, Essen, Trinken und Vergnügen nach der letzten Mode einer raffinierten Zivilisation. Beschimpft werden von jenen, die in philologischen Spitzfindigkeiten, im Virtuositentum der Sprachbehandlung, in der Ausrechterhaltung und Aufbesserung nationalstischer und kirchlicher Borniertheit eine Fortentwicklung des Menschen erzielen zu können glauben.

Hat man erst Proletarier und Prolet identifiziert, hat man sie gleichgesetzt aus Unwissenheit und kindlich verbrecherischer Nachlässigkeit, oder aus Lüge und bewußter Interessiertheit, dann propft man den Stamm mit totem Reis: Der Proletarier ist der Prolet, der Prolet ist den einen der Ungebildete, der Geistesarme, ein Bedauernswerter, der den Kaviar der Klassiker wie die differenzierten Saucen der Gegenwart nicht schmecken konnte, den anderen der Schmierfink, Rowdy und Unmoralische, der Höhlenbewohner und die unzüglifizierte Bestie.

Proletarier und Prolet haben nur ein Gemeinsames: beides sind Worte gleicher Wurzel. Der „proles“ der lateinischen Sprache ist „der mit Nachkommen gesegnete“. Wer also im Kinderreichtum das Wesen des Proleten erblickt oder eines seiner wesentlichen Merkmale, kann mit gewisser Berechnung eine Gleichsetzung vornehmen, da man noch heute gern zwangsweise die Proletarierin als Gebärrapparat für das Kanonen- und Maschinenfutter der kapitalistischen Gesellschaft mißbrauchen möchte.

Proletarier sein im Sinne des Sozialismus heißt ausgebeuteter sein, heißt zu jener Kategorie innerhalb einer Klassengesellschaft gehören, die wohl alle Lasten zu tragen hat, aber weder im Besitz der Mittel noch der Macht ist, die ihrer Zahl und Stärke entspricht. Proletarier sein, heißt innerhalb der privalkapitalistischen Produktionsweise über nichts weiteres verfügen, als über seine Arbeitskraft, heißt danach streben, das Privateigentum an Produktionsmitteln, letzten Endes

an Allem zu verwandeln in Gemeineigentum. Die Einsicht in den geschichtlichen Prozeß, die Einsicht in die ökonomischen Möglichkeiten des sich ausbreitenden Kapitalismus — letzte Möglichkeiten in Trusts und Syndikaten, in Staatssozialismus, Völkerbund und Welt-Intellektuellenparlament — das Begreifen seiner eigenen Rolle in diesem Welttheater, und die Spannung seines Willens zur Revolution und Umwälzung in die klassenlose Gesellschaft hinein, reinigen und formen aus dem Arbeitstier den klassenbewußten Proletarier, sie blasen ihm den lebendigen Odem ein. Abgesehen von vereinzelten, die als reine Theoretiker in wissenschaftlicher Arbeit zur Erkenntnis kamen und kommen, die in qualvollen und wieder seligen Stunden die alten Häute herunterreißen, umhüllt und umgürtet von den Wuchshunden des Einheitsbazzars für Moral und Wissenschaft, werden zuerst die Dichter aufkommen und in der Folge am hellsten leuchten in solchen Arbeiterschichten, denen am eindringlichsten die Lehren der Klassengesellschaft eingepreßt werden, die — am engsten eingepreßt — sich gegenseitig am schnellsten mit geistig-sozialer Einsicht durchdringen können.

Das sind die Industrieproletarier. Ungleich verstrickt in den Maschen des kapitalistischen Netzes, verstrickt durch Familie und Klassenschule, durch Erziehung und Sozialerziehung, durch Kleinfests und kapitalistische ideologische Umnebelung jeder Färbung sind jene Schichten von Angestellten und Lehrern, Künstlern und „gehobenen“ Arbeitern, die ihren eigenen „Idealen“ zu leben glauben und doch nur Marionetten im großkapitalistischen Kasperltheater sind. Sie alle sind Ausgebentele, der Beamte wie der Werkmeister, der Professor wie das Ladenfräulein, unendliche Scharen aus allen Richtungen: ausgebeuteter oft als der ausgepörrteste Handarbeiter. Aber, gestreckt im Belt der regierenden Macht, geimpft und verseucht auf Lebenszeit mit dem Gift ihrer Ideologie, benutzt oder unbenutzt gekauft für die Bedürfnisse der bestehenden Gesellschaft, gekauft für ihr Profitinteresse, wie für ihre Luxusbedürfnisse, für Alkoholpropaganda wie für Nachkänze stehen diese Schichten dem Proletariat oft genug mit blindem Haß gegenüber. Ein Krieg

und Revolution, die plumpe Erfahrung am eigenen Leibe beginnen hier in größerer Ausdehnung Wandlung zu schaffen. Trüber, ja bözartiger als hier liegt das Verhältnis des klassenbewußten Proletariats zu den sogenannten Gelehrten, zu den Gefühlssozialisten und eifrig Enttäuschten, zu den Konjunkturkünstlern und Erlebnispropheten. Sie haben die Bitterung der neuen Zeit, umschwärmen das Proletariat, bieten sich heute ihm an in Demut, um morgen den Sozialismus als erlebte Höhe mit Füssen zu treten. Marie fußlender Johannes, morgen Anspruch auf Christusmajestät und Führerum, behängt mit dem Plücker aus jahrhundertlang oberflächlich durchsuchter bürgerlicher Kunst und Wissenschaft, hureisend bisweilen im Pathos, sozialistischen Gesinnungsgepräges, offenbaren sie im nächsten Augenblick ihr abgrundtiefes Mißverständnis der sozialistischen Bewegung. Nach kurzem Sandum über Marx erhaben, beweisen sie oft nur zu deutlich, daß Marx sich sie ohne ihr Wissen vorzüglich charakterisiert hat. Sie wollen Führer sein und sind Verfänger. Die strengste Schule tut ihnen Not, das Sieb ist eng, viel Spreu wird von ihnen fliegen.

Der Proletarier verachtet nicht bürgerliche Kunst, aber er sieht sie und muß sie sehen als etwas Fremdes. Wer selbst durch die Geilde bürgerlicher Kultur segelte, und das, was er dem Proletarier geben will, behängt mit Reminiszenzen dieser Fahrt, darf nicht vergessen, daß der Proletarier diese Fahrt nie machte, daß also Druckstücke solchen Gelebens andres auslösen im gehetzten „ungebildeten“ Lohnsklaven als in ihm selbst, der er schon jenseits steht.

Natürlich ist auch so mancher Proletarier der schwelgerischen Faust nicht das Idealbild der kommenden Gesellschaft. Auch er wird durch eine jahrelange Schule wandern, mancherlei Mißrouten gegenüber „Intellektuellen“ überwinden müssen, bis er am Fuß jenes Berges steht, der hinaufwärtend unter Luft und Söhnen er anlangt auf dem Gipfel und als der neue Mensch die Morgenröte aufklammern sieht über seiner Welt über dem Boden seiner Kultur die Menschheitshut werden soll. Aus: Der Geist.

Zentrale-Kommunisten.

Am Pranger.

Genosse Bernhard Busch, der bis vor kurzer Zeit der Hamburger Organisation angehörte und sich dann den Syndikalisten anschloß, übermittelt uns das folgende Schreiben:

„An die R. P. S., Hier.“

Hiermit unterbreite ich euch folgende Tatsachen: Herr Ehr. Wagner und Frau R. Guttmann, die an der Herausgabe des „Pranger“ beteiligt waren, haben in unserer Weise die Kontrollmädchen in Hamburg-Altona hinter das Licht geführt.

Vor allem ist dies von der Guttmann zu sagen, die den Rat der R.-Mädchen bis Sonnabend, den 6. März 1920, in dem Glauben ließ, daß das Organ der Kontrollmädchen auch Eigentum der Mädchen sei. — Am Sonnabend erklärte die G. den Mädchen, daß das Blatt ein Privatunternehmen von ihr selbst sei, und daß sie sich vom Räte in nichts hineinreden lasse. —

Darum hat sich der Rat der R. M., der sich sehr enttäuscht und auch betrogen fühlte, in seiner Verzweiflung, an mich gewandt, wie ich mich jetzt vertrauensvoll an euch wende. Da das „Hamburger Echo“ und die „Warte“ diejenigen Hamburger Blätter waren, die sich über die Sache der R. M. seinerzeit äußerten, habe ich mich auch an diese um ihre Hilfe gewandt.

Der Wille, sich zu organisieren, geht von den R. M. selbst aus, und darum verspreche ich mir auch etwas davon und habe meine Kräfte ehrenamtlich in den Dienst der R. M. gestellt.

Die Mädchen, resp. ihre Organisation, sind durch Wagner und R. Guttmann geschädigt, und so ist es ein Werk reiner Menschlichkeit, sich jetzt ihrer Sache anzunehmen, damit die Mädchen nicht nutzlos werden und sich sagen: Wenn man uns durch die Organisation auch noch betrügen will, bleiben wir lieber in unserem Schmutz und bedanken uns für weitere Hilfe aus der „ehrbaren“ Welt.

Vorläufig kennt nur der Rat der R. M. den ganzen Schmutz. Die andern R. M. werden offiziell in einer Mitgliederversammlung davon erfahren, wenn alles geordnet ist und das neue Organ, der „Wächter“, wo ich als Redakteur unter dem Pseudonym „Hans Grad“ — meiner bürgerlichen Stellung wegen — zeichnen werde, erschienen ist. Bis dahin müssen wir auch Mittel sammeln, da die Organisation durch das Verhalten der G. Schulden hat.

gez. Bernhard Busch, Banbeamter.“

Der „Pranger“ erschien hinter dem Rücken der Organisation der Kommunisten Hamburgs und gegen ihren Willen in den Räumen der R. U. Z., und wurde auch dort ausgegeben. In dem mit diesem „Privatunternehmen“ erworbenen Gelde hat sich nicht nur die Guttmann die Hände gewaschen, sondern auch andere ihr verwandte Naturen haben davon profitiert. Die Guttmann, und was ihr so an den Rockschößen hängt, hat sich noch gerade zur rechten Zeit aus der Hamburger Ortsorganisation der Kommunisten verduftet und dadurch verhindert, daß sie auf Grund ihrer schmutzigen Geschäftspraktiken herausgeschmissen wurde. Die Guttmann gehört dem Vorstand der Zentrale-Bezirksorganisation an und ist Mitglied jenes Spartakusvereins, das sich jüngst unter Führung der abgesetzten Bürokraten um Rudolf Lindau und Karl Eulert gebildet hat, um als Glied der Zentrale-Organisation des goldenen Papiersegens teilhaftig zu werden, den die Zentrale über ihre Gläubigen niederregnen läßt.

Wir gönnen den Zentralekommunisten diese ihrer würdige Akquisition und sind neugierig, wie sie sich mit Matrone Guttmann auseinanderzusetzen gedenken, die nicht davor zurücksteht, aus der Verwertung der Abfälle der Prostitution ein „Geschäft“ zu machen und sich noch außerdem von den Prostituierten ein Wachengehalt auszahlen ließ.

Läte das ein Mann, würde man ihn als Zuhälter bezeichnen. Bei einer Frau im Stile der Guttmann ist es wohl nur „Geschäftstüchtigkeit“ der gleichen Art, die sie neulich veranlaßte, einen widerlichen Artikel gegen den Maler Fidus in der unabhängigen „Volkszeitung“ zu veröffentlichen.

II.

Ein Gegner des „Nationalbolshewismus“.

Am Donnerstag, den 30. und am Freitag, den 31. Oktober erschienen in der kommunistischen Arbeiterzeitung in Hamburg zwei Artikel mit der vielversprechenden Ueberschrift: „Der deutsche Gedanke in der Welt“. Im zweiten dieser Artikel findet sich die folgende „proletarische“ Verballhornung Sichteischer Ideen und Rohrbacher Tiraden:

Das deutsche Proletariat soll deutsch empfinden, deutsch denken und deutsch handeln. Sein Feind ist das deutsche Kapital und die deutsche Regierung. Das deutsche Kapital zu überwinden, ist die Aufgabe des deutschen Proletariats. Der deutsche revolutionäre Gedanke in die Tat umgesetzt wird zum Gedanken der Welt, wird zur Weltrevolution. Es gilt, Deutschland aus den Klauen des anglo-amerikanischen Finanzkapitals, vertreten durch das deutsche Kapital, zu befreien. Ein freies Deutschland ist Vaterland aller arbeitenden Männer und Frauen ist das Ziel. Für dieses wahre deutsche Ziel dieselben Energien aufzuwenden, dieselben Opfer zu bringen bereit sein, wie sie für das falsche undenteutsche Ziel des imperialistischen Deutschlands in viereinhalb Kriegsjahren aufgewendet und gebracht worden sind, ist bereits der Sieg des deutschen Gedankens. In diesem Kampfe um die Befreiung Deutschlands wird nicht danach gefragt, zu welcher Arbeit das kapitalistische Deutschland den Einzelnen verwendet hat,

relchend Gelegenheit finden. Wir stellen lebhaft fest: Der Mann, der das Phrasengebinde vom „deutschen Gedanken“ in Leitartikelform in die Welt gesetzt hat, ist der Herr Dr. jur. Karl Eulert, der dann auf einen Wind der Nabelstange zum wütendsten Krieger im Streit gegen den „Nationalbolshewismus“ wurde, und der, als er von der Hamburger Organisation aus seiner Stellung als Redakteur der R. U. Z. entfernt worden war, zu jenem Spartakusvereinsgenossen hinüberwechselte, dem auch die Guttmann angehört. Arm in Arm mit Levi und Co. fordert er nun dem Hamburger „Nationalbolshewismus“ in die Schranken. Wer laßt da?

Der Artikel hat, bevor er gedruckt wurde, dem Herrn Rudolf Lindau vorgelegen. Auch Herr Lindau ist Partei- und Gefinnungsgenosse des Guttmanns, Eulertvereinsgenossen. Er hatte gegen den Artikel nichts einzuwenden und billigte es, daß er als Leitartikel veröffentlicht wurde.

Die Herausgeber der Adresse befanden sich in jenen Tagen nicht in Hamburg und konnten deshalb das Erscheinen des Artikels nicht verhindern.

Die Zentralekommunisten gehen inzwischen im Bunde mit der Behauptung herum, daß dieser Artikel von Bausenberg oder Wolffheim stamme, die es bisher für unter ihrer Würde hielten, darauf zu reagieren.

Gerade aber, wo die Eulert, Lindau, Guttmann den „Nationalbolshewismus“ für ein so gefährliches Uebel erklären, daß sie sich für berechtigt halten, ein solches Popanzes willen den Versuch zu machen, die Organisationen zu spalten, würde dem Charakterbild dieser „Kommunisten“ ein wesentliches Moment fehlen, wenn man nicht der Öffentlichkeit gegenüber feststellte, daß diese Herrschaften gewohnt sind, ihre sogenannten Ansichten noch weit häufiger zu wechseln als ihre Hemden.

Die Methoden der Rosiedemostrafie.

„Deutschland ist das freieste Land der Welt.“ So schwärzen die Sozialdemokraten es immer wieder den Arbeitern vor. Gleichzeitig aber zeigen sie ihnen an praktischen Beispielen alle Tage unzweideutig wie sie diese „Freiheit“ auffassen. Wenn der kapitalistische Trümmerhaufen wieder „aufgebaut“ werden soll, dann muß zunächst erst einmal „Ordnung“ gemacht, muß die proletarische Kanaille zur Raifson gebracht werden. So besteht eben das wesentliche Kennzeichen des „demokratischen“ Republik bairn, daß sie mit allen Mitteln von der fortgesetzten Nabelstichpolitik bis zur blutigen Niederwerfung des revolutionären Proletariats die schrankenlose Freiheit der kapitalistischen Ausbeuter verteidigt. Selbst da, wo die Gesetze des kapitalistischen Staates keinerlei Handhabe bieten, um gegen die revolutionären Arbeiter vorzugehen, sind die Gewaltthaber, sowohl die des wilhelminischen als auch die des republikanischen Deutschlands niemals in Verlegenheit gekommen. Auf welche Weise man im „freiesten Land der Welt“ trotz „demokratischer“ Verfassung und alledem die Arbeiterschaft knebelt und schikanert, das beleuchten aus hundertem von Beispielen herausgegriffen, einige Schutzhaftbesche, die der bekannte „Sieger“ von Leipzig, Generalmajor von Märker, dieser Tage im sozialdemokratischen Freistaat Sachsen erlassen hat. Wir wollen von diesen Maßnahmen des Herrn Märker nicht nur deshalb Notiz nehmen, weil sie die Herrlichkeit der neudeutschen Demokratie in hellem Lichte zeigen, sondern auch deshalb, weil sie erkennen lassen, wie sich im Reichen des „Wiederaufbaus“ die augenblicklichen Verhältnisse in den Köpfen dieser Herrschaften malen.

Anlässlich des letzten Streiks im Zuga-Delsnitzer Braunkohlenrevier hat der General Märker einen Bergmann namens Eugen Bär „zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches“ in Schutzhaft nehmen lassen. In der Begründung des Schutzhaftbefehls heißt es:

In dem in Belagerungszustand befindlichen Kohlenbergwerksbezirk Zuga-Delsnitz ist vom Militärbefehlshaber ein Verbot erlassen worden, Arbeitswillige in ihrem Rechte auf Arbeit zu beeinträchtigen oder lebenswichtige Betriebe stillzulegen. Hiergegen hat Bär verstoßen. Derartige Unternehmen müssen in ihren Folgen zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen, wenn die Hauptbeteiligten ihre Freiheit zu schrankenloser Betätigung in der angegebenen Richtung ausnützen können. Der Zusammenbruch in wirtschaftlicher Hinsicht ist jetzt aber die größte dem Reich drohende Gefahr. Die Verhängung der Schutzhaft gegen Bär dient zur Abwendung dieser Gefahr.

Aus demselben Anlaß hat man über einen Bergmann Sonntag von der gleichen Zeche die Schutzhaft

Der arme Kunrad.

Ich bin der arme Kunrad
und komm von nah und fern,
vom Hartenmatt, vom Hungerrain
mit Spieß und Morgenstern.
Ich will nicht länger sein der Knecht,
leibeigen, frönig, ohne Recht.
Ein gleich Gesetz, das will ich han,
vom Fürsten bis zum Bauersmann.
Ich bin der arme Kunrad,
Spieß voran,
drauf und dran!

Ich bin der arme Kunrad
in Ueberacht und Bann,
den Bundschuh trag ich auf der Stang,
hab Helm und Harnisch an.
Der Papst und Kaiser hört mich nicht,
ich halt nun selber das Gericht,
es geht an Schloß, Abtei und Stift,
nichts gilt als wie die heilige Schrift.
Ich bin der arme Kunrad,
Spieß voran,
drauf und dran!

Ich bin der arme Kunrad
trag Pech in meiner Pfann.
Heißoh nun gehts mit Senf und Urt
an Pfaff und Edelmann.
Sie schlugen mich mit Prügeln platt
und machten mich mit Hunger satt,
sie zogen mir die Haut vom Leib
und taten Schand an Kind und Weib.
Ich bin der arme Kunrad,
Spieß voran,
Drauf und dran!

Lied der aufständischen Bauern
aus dem Bauernkrieg 1525.

Der Techniker und Ingenieur, der sein geistiges Können in den Dienst des Ganzen stellen will, ist ebenso notwendig und daher willkommen, wie der Beamte und Offizier, der, frei vom Dünkel und Rastengeist, sein Organisations-talent und seine Führereigenschaften einem von der Geißel des Kapitalismus zu befreienden Deutschland zur Verfügung stellt. Wenn Deutschland von dieser Geißel endgültig befreit, wenn die Kapitalistenklasse samt ihrer Regierung entfernt ist, dann hat ein freies Deutschland auch Raum für die Arbeiterausbeuter und Arbeiterverräter von heute, die dann weder Ausbeutung noch Verrat üben können, die, zu ehrlicher Arbeit angehalten, auch an sich sollen das Evangelium vom Segen der Arbeit erfahren dürfen.“

Es war die gleiche Zeit, in der die bekannte Hamburger Adresse vorbereitet wurde, die dann später den Vorstand bieten mußte, die Hamburger Organisation als „nationalbolshewistisch“ zu denunzieren. Wir wollen uns an dieser Stelle eine Auseinandersetzung mit den Fällschen der Grundgedanken der Adresse erlauben. Dazu wird sich weiter unten

Die Begründung dieses Schutzhaftbefehls ist so klar, daß wir sie in längerem Auszug bringen:

Er hat eine Versammlung von etwa 2000 Bergarbeitern im Gasthof „Weißes Lamm“ in Hohnsdorf geleitet. Daß sein Bestreben nicht auf Beilegung der Streikbewegung ging, vielmehr auf eine Stärkung des Streikes, ist schon aus der Tatsache zu entnehmen, daß nach einer ihm abgenommenen Bescheinigung Sonntag Vorsitzender der komm. Partei Hohnsdorf-Pohl ist. In welcher Richtung sich seine Ausführungen bewegten, dafür liefern die ihm abgenommenen Forderungen der Bergarbeiter des Suga-Delsnitzer Revieres hinreichenden Beweis. Die Forderungen sind aufgestellt von dem „Zentralrat der freien Arbeiterunion“. Die Versammlung einberufen hat ebenfalls der Zentralrat. Plakate, die zur Versammlung einladen, tragen die Unterschrift: Wenn irgendwelche Zweifel bestünden, daß Sonntags Bestrebungen auf Vergewaltigung der Arbeitswilligen und Stilllegung der Betriebe nicht nur durch Wort, sondern auch durch die Tat, gingen, so werden diese beseitigt durch eine Meldung des technischen Leiters der Grube Helena und Ida. Danach hat sich Sonntag am 28. Januar 1920 am Zuge der Aufständischen nach den Zechen Helena und Ida beteiligt, drang dort in das Verwaltungsgebäude und zwang unter Androhung von Gewalttätigkeiten der Massen den Betriebsleiter, die Belegschaft ausfallen zu lassen. Als er vom Plage verwiesen wurde, berief er sich auf das Faustrecht und blieb. Sonntag hat ferner den Zug Aufständischer zum Pluto schacht geleitet und endlich gewalttätig in die Geschäftsräume der Grube Helena einzudringen versucht.

Das Verhalten Sonntags erfüllt nicht nur den Tatbestand einer Reihe von Straftaten, sondern bildet bei den vorliegenden Umständen eine ständige Gefahr für den öffentlichen Frieden und das Bestreben der Regierung die Ordnung im Wirtschaftsleben wieder herzustellen und stetig zu erhalten. Diese Gefahr kann nur dadurch beseitigt werden, daß durch Beschränkung in seiner Bewegungsfreiheit Sonntag die Möglichkeit weiterer Betätigung entzogen wird.

Sonntag ist Vorsitzender der kommunistischen Partei. Das genügt im demokratischen Deutschland dafür, daß „seiner Bewegungsfreiheit die Möglichkeit weiterer Tätigkeit entzogen wird“. Was den strafrechtlichen „Tatbestand“ angeht, dem man durch Denunziation eines Betriebsleiters auf die Spur kam, so wird derselbe schon gekennzeichnet durch die Tatsache, daß Herr Märker es vorgezogen hat, den „Schmerzbereiter“ deshalb nur in Schutzhaft zu nehmen.

Zum Schluß sei noch eine Rettungsaktion des Herrn Märker erwähnt, die an schlagender Beweisführung alles andere in den Schatten stellt.

Schutzhaftbefehl

Ueber den Erwerbslosen

Ulrich Heuke

in Leipzig-Sellershausen, Wilmstraße 21 III., wird hiermit die Schutzhaft verhängt (§ 1 Sch. G. Ges.) Heuke ist Anhänger der kommunistischen Partei, die auf den gewalttätigen Sturz der Regierung hinarbeitet. Er hat die kommunistische Gruppe in Leipzig begründet und steht an leitender Stelle der Partei für Mitteldeutschland und ist Vorsitzender der Partei für Groß-Leipzig. Er verfügt über eine eindringliche Beredsamkeit, hat dadurch großen Einfluß auf die Massen, auf die er sehr verheerend wirkt.

Die Konsequenz dieses famosen Befehls ist nichts anderes, als daß im demokratischen Deutschland alle „Anhänger der kommunistischen Partei“, die „verheerend“ auf die Massen wirken, jederzeit auf unbeschränkte Dauer eingesperrt werden können.

Also auf Herr Moskale!

Die revolutionären Arbeiter sehen in der steigenden Hege der „demokratischen Volksregierung“ gegen das Klassenbewußte Proletariat ein untrügliches Barometer. Je wütender sich die Machthaber des bankrotten Deutschlands gegen das Proletariat gebärden, desto rasender ist das Tempo, in dem die Fahrt an den Abgrund geht.

Der neue Kurs.

Revolutionstimmung herrscht unter den Hamburger Kommunisten. Der große Krach, der so oder so kommen muß, hat stattgefunden. Man konnte in letzter Zeit tatsächlich manchmal den Mut verlieren, wenn man mit ansehen mußte, wie die mühselige Kleinarbeit und Agitation der tätigen Genossen durch das Treiben der sogenannten „Führer“ wieder zu nichts gemacht wurde. Ganz richtig sagten die Proletarier, die im Laufe der Zeit neu zu uns kamen, was ist denn das bei Euch, Genossen, es ist ja das selbe Schauspiel, wie es sich in der S. P. D. und U. S. P. blickt: die Bonzen haben das Wort, streiten sich um des Kaisers Bart.

die Massen der Mitglieder müssen das geduldig mit anhören, und für den revolutionären Klassenkampf springt nichts heraus.“ Meiner Ansicht nach mußten diese Zwistigkeiten, wenn man sie jetzt rückläufig überschaut, entstehen und immer schärfere Formen annehmen, bis schließlich in gewalttätiger Entladung die Lösung der Krise herbeigeführt worden ist. Wie kam es nun, daß auch die S. P. D. an den gleichen Zerfallserscheinungen litt, wie die U. S. P. und S. P. D. Die S. P. D. ist in einer Zeit entstanden, in der die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands sich in aufsteigender Linie bewegte. Das war die Zeit des Parlamentarismus. Sie mußten auch die Waffen der sozialistischen Bewegung, mit denen der Kapitalismus bekämpft wurde, angepaßt sein. Naturnotwendig mußten sich diese Waffen mit der vorwärtsschreitenden Zeit als unzulänglich erweisen. Luxemburg und Liebknecht, auch Laufenberg und Pannekoek waren die ersten, die das erkannten, die für den revolutionären Massenstreik eintraten (siehe zuletzt Jenaer Parteitag, September 1913). Jedoch war es klar, daß dieser Endkampf nicht durch die Gewerkschaften geführt werden konnte. Dann kam der Krieg mit der glänzenden Niederlage des zweiten Internationales.

Es kam die Spaltung der S. P. D. Die revolutionären Proletariermassen trennten sich, warfen sich von denen, die sie verrieten. Statt nun etwas Neues zu schaffen, das mit der vorwärtsschreitenden Zeit Schritt hielt, das dem instinktiven Suchen nach dem Neuen den vorwärtsdrängenden Arbeitermassen entsprach, mußten jene „Führer“ der neuen Bewegung nichts Besseres, als in den alten Fehler zu verfallen, das heißt sie verstanden die Zeit nicht, sie blieben stehen, und Stillstand bedeutet Rückschritt. Sie gründeten eine neue Partei nach dem Muster der alten, blieben in den korrupten Gewerkschaften und die Folge waren naturnotwendig erbitterte Kämpfe in der neuen Partei. Die noch auf das Alte eingesehten Bonzen verstanden die suchenden Massen nicht. Als nun die Revolution ausbrach, verschmolzen sich die Linksrädler mit dem Spartakusbund zu einer eigenen Partei, die ihren Ursprung hatte in illegalen Zirkeln seit dem Gründungsstage in Gotha. Man hätte annehmen können, daß es der Gefahrzeit genug gewesen sei, daß nun endlich die Zeichen der Zeit klar erkannt worden wären, aber dem war leider nicht so. Darum kam es so, wie es kommen mußte. Man gründete eine neue Partei, von oben nach unten, schuf eine zentralisierte Bürokratie und eine Anzahl von Instanzen, der Zerfallsprozess nahm seinen Anfang. Der Kampf der Massen gegen die Bonzenalltag begann, der Kampf gegen einen alten Organisationsrahmen den man autoritativ den Proletariermassen aufzwingen wollte, die ihren Klassenkampf neu zu orientieren suchten, so wie es der veränderten Sachlage entsprach.

Es gab nun zwei Wege für das revolutionäre kommunistische Proletariat: Entweder es behielt diesen alten Organisationsrahmen bei, und wurde damit zur Führung des revolutionären Klassenkampfes unfähig, und versumpfte in Folge dessen im selben Maße in kleinbürgerlicher Ideologie wie die U. S. P. und S. P. D., oder aber es war gewillt, mit eiserner Energie den Klassenkampf unerbittlich aufzunehmen, und da war es gezwungen, den alten Organisationsaufbau völlig zu zertrümmern, an seine Stelle etwas neues großzügiges zu setzen, das ihm die Führung des Kampfes erfolgreich ermöglichte. Das kommunistische Proletariat rang sich durch und wählte das letztere. Etwas anderes war auch gar nicht möglich. Wie, frage ich, können die Kommunisten den kapitalistischen Staat zertrümmern wollen, um an seine Stelle etwas Neues zu setzen, wenn sie selber in ihrer eigenen Organisation die Prinzipien, die sie propagieren, noch nicht verwirklicht haben, als da sind Selbstbestimmungsrecht der Massen, Aufbau von unten nach oben der Räteorgane, Diktatur der Arbeiter und armen Bauern usw. Es liegt doch alles so klar wie nur irgend etwas, die kapitalistische Gesellschaftsordnung hat völlig abgewirtschaftet, sie paßt nicht mehr in unsere heutige Zeit, und darum muß sie nach dem unerbittlichen Diktat der Geschichte verschwinden, und es ist dafür vollständig schnuppe, ob die Kommunisten existieren oder nicht, die das heute schon klar erkannt haben.

Die kommunistischen Arbeiter haben nun die Pflicht, sich vorzubereiten auf die Aufgabe, die ihnen bei diesem Prozess zufällt, nämlich die Führung des Gesamtproletariats beim Aufbau der neuen, der kommunistischen Wirtschaftsordnung zu übernehmen. Und das können sie am besten innerhalb ihrer Organisationen. Die selbstverständliche Voraussetzung ist natürlich, daß eben diese Organisationen das Gepräge der neuen kommunistischen Ordnung tragen müssen, und nicht das veraltene vergehende. Vorbereiten aber zu dieser Aufgabe können die kommunistischen Arbeiter sich nicht in den Parlamenten, nicht in den gesetzlich anerkannten Betriebsräten und nicht in den alten korrupten Gewerkschaften. Dies endlich klar erkannt zu haben, ist das Ergebnis eigenen Denkens der kommunistischen Pro-

letarier, nicht das Verdienst irgendwelcher angeblicher „Führer“, infolgedessen mußten sich unsere Wege trennen. Die Bonzen, die noch in der Krinoline von anno Krug, als de Buddels teen' Hals hatt'n, einherzogen, verloren die Gefolgschaft.

Ich aber rufe: Vorwärts, Genossen, wir sind auf dem richtigen Wege!
Hans Krause.

Aus der Internationale.

Mitteilung.

Das Moskauer Exekutiv-Komitee der 3. Internationale hat einige holländischen Genossen angewiesen, ein probitorisches Bureau zu Amsterdam zu bilden. Dieses Bureau hatte zur Aufgabe, eine internationale Konferenz zu organisieren, um die Aktionsseinheit der arbeitenden Massen auf der Basis der kommunistischen Internationale vorzubereiten.

Das Bureau hat beschlossen, zweimal im Monat ein Mitteilungsblatt in französischer, englischer und deutscher Sprache zu veröffentlichen. Dieses Mitteilungsblatt wird Artikel über die internationale Lage, Presse-Übersichten und vor allem Dokumente und Informationen mit Bezug auf die dritte Internationale beinhalten. Außerdem beabsichtigt das Bureau einen Nachrichtendienst über die Bewegung in den verschiedenen Ländern zu organisieren; es wird diesen Nachrichten regelmäßig allen Organen (Zeitungen) und allen kommunistischen Gruppen zugehen lassen, die sich an dasselbe wenden und den Wunsch hierfür aussprechen.

Das Bureau bereitet gleichfalls ein Archiv vor, in dem Literatur versammelt wird. Das Bureau ersucht alle kommunistische Parteien und Gruppen, mit ihm in Verbindung treten zu wollen. Insbesondere werden die der dritten Internationale bereits angeschlossenen Parteien und Gruppen gebeten, ihm sofort ihre Korrespondenz-Adresse mitzuteilen.

Das Bureau steht mit dem Sekretariat für West-Europa, das sich in Deutschland konstituiert hat, in regelmäßiger Verbindung. Dieses Sekretariat hat vorläufig die Aufgabe, das monatlich erscheinende Organ der dritten Internationale zu veröffentlichen, das den Titel „Die kommunistische Internationale“ führt und in Moskau erscheint. Dieses Organ wird von nun an in einer für West-Europa vermehrten Spezial-Ausgabe erscheinen.

Für das Amsterdamer Bureau

H. Roland Holst.

Das Sekretariat für West-Europa, das sich in Deutschland selbst konstituiert hat, erhält durch diese Mitteilung eine eng begrenzte Aufgabe zugewiesen. Da es sich bisher als Oberherr in den deutschen Parteibüros aufspielt hat und seine Hauptaufgabe darin sah, als Rückendeckung für die famose Reichszentrale zu fungieren, ist es von großer Bedeutung, daß die Genossen im Lande sich darüber klar sind, daß dieses „Sekretariat“ keine Instanz der dritten Internationale ist, sondern ein einfacher Kommissions-Berlag.

Zusammenschließung von Gruppen zu kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern.

In verschiedenen Ländern haben sich Gruppen gebildet, die von verschiedenen Anschauungen ausgehend, durch die gegenwärtige Weltentwicklung zum Kommunismus gekommen sind und sich der dritten Internationale angeschlossen haben. Der Kongress ladet die Kommunisten eines jeden Landes ein, sich zu einer kommunistischen Partei zu vereinigen auf dem Boden der folgenden, von allen anerkannten Programmpunkte:

1. Klassenkampf der Arbeiter ohne Kompromisse mit bürgerlichen und sozialpatriotischen Parteien.
2. Direkte Aktion der Arbeitermassen als Mittel zur Eroberung der Herrschaft.
3. Diktatur des Proletariats.
4. Soviet Verfassung als Organ der proletarischen Demokratie.

Die Fragen der Organisation und der Taktik, über die noch keine Einigkeit besteht, sollen innerhalb der Parteien durch Diskussion und Studium der Tatsachen zur Klärung gebracht werden.

(Amsterdamer Büro)

Was sagt hierzu die famose Reichszentrale des Spartakusbundes, die sich für berechtigt hielt, eine schon bestehende kommunistische Partei zu atomisieren, weil die Mitgliedschaften auf dem Boden der von dem Amsterdamer Büro angegebenen Programmpunkte stehen?

Und wie lange glaubt das „Sekretariat für West-Europa“, seine intensive Spaltungstätigkeit unter den Kommunisten Deutschlands noch fortsetzen zu dürfen? Werden auch jetzt noch die durch Personalunion verbundenen Körperschaften: Zentrale und Sekretariat zu behaupten wagen, daß ihre zerstörende Tätigkeit „im Interesse der III. Internationale“ ausgeübt wird?

Die psychologische Umwandlung der Arbeiterhirne.

Als im November 1918 die Revolution über die Lohnarbeiterschaft Deutschlands kam, wußte diese keine andere wirtschaftliche Forderungen an die herrschenden Gewalten zu stellen, als solche auf Verbesserung der Lohnarbeit, Beseitigung der Affordarbeit, Achtstundentag, Lohnerhöhung, bessere Behandlung — damit begnügte sich das deutsche Proletariat, als es über die politische Macht verfügen konnte. Allerdings war die Einsetzung der Arbeiterräte in den Betrieben ein Schritt auf dem Wege, dem Unternehmer um das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel strittig zu machen. — Aber dieser Weg lag so im Dunkeln vor den Arbeitern, sie tappten so sehr ins Ungewisse hinein, sie waren sich so wenig ihrer Macht bewußt, daß sie sich von den sozialdemokratischen Demagogen verleiten ließen, die „Sozialisierung“ einer Gehegung nach bürgerlichem Muster anzuvertrauen. Anstatt das Parlament der Arbeit wählten sie die „Nationalversammlung“: ein neues Parlament der kapitalistischen Patriarchen.

In dem Denken der Massen war die Notwendigkeit der Lohnarbeit für die gesellschaftliche Ordnung als feststehendes Prinzip verankert. Sie erkannte das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit die Rechtsmäßigkeit der Lohnarbeit an. Die Arbeiter waren so vollkommen gewesen, sie wollten es hinfür bleiben. Sie hatten immer nur vom Sozialismus geträumt und auch die Revolution brachte sie nicht zum Erwachen. Die von der Revolution überraschte Arbeiterklasse dachte nicht sozialistisch und damit war sie der großen Zeit nicht gewachsen.

Die psychologische Umwandlung der Arbeiterhirne vom bürgerlichen zum sozialistischen Denken zu vollziehen ist Sache der Arbeiterorganisationen. Die sozialdemokratische Partei sage stolz von sich: sie sei die Führerin im proletarischen Klassenkampf um die Beseitigung der kapitalistischen Unordnung. Die freigeselbten Gewerkschaften rühmten dasselbe von sich nicht weniger. Was die Führer auch immer sagten und was sie wohl schöner Worte auch immer taten, darüber heute zu urteilen oder zu richten, ist gänzlich müßig. Uns genügt die von allen Seiten unbestrittene Tatsache, daß es ihnen nicht gelungen ist, die Arbeiter zum sozialistischen Denken zu erziehen. Somit fallen die alten Organisationen ihren Beruf verfehlt. Sie sind abgegan. Sie zerfallen mit der alten Welt, deren notwendiger Bestandteil sie waren. Die Revolution selbst schafft die neuen und höchstnotwendigen Kampforganisationen für ihre Weiterführung.

Die revolutionären Gewerkschaften müssen Kampfes- und sozialistische Schulungsorganisationen zugleich sein. Und — sie müssen den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft beginnen können an dem Tage, an dem die Machtmittel des Staates wieder in den Händen der Arbeiterklasse sein werden. Ueber kurz oder lang. Und aller politischen Voraussicht nach ist der zweite 9. November nicht gar so fern. Wo haben solche Organisationen ihren Anfang zu nehmen? Dort, wo die Ausbeutung beginnt. Das ist im Betriebe. Alle Erziehung vollzieht sich am sichersten durch Vorleben und Hineindenken. Anschauungsunterricht ist der nimmer verjagende Schullehrer.

In der alten Welt rezierte das Prinzip des persönlichen Eigentums. Die neue Welt erwächst aus dem Willen jedes Einzelnen zur Gemeinlichkeit. Gemeinlichkeit ist die Vorbedingung einer wirklichen gesellschaftlichen Ordnung. Damit haben die Lohnarbeiter zu beginnen. Zunächst innerhalb der eigenen Klasse zum Zwecke des Ringens um die Macht im Staate. Und wo hätte die höchste Arbeitermacht: proletarische Solidarität einen glücklicheren Nährboden als im Betriebe? Ist aber die Solidarität das Alpha und Omega des proletarischen Klassenkampfes, dann erwächst ohne weiteres die Solidarität aus dem Zusammenarbeiten im Betriebe. Dann ist die Betriebsorganisation die naturnotwendige Grundlage einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeiter sollen lernen begreifen, daß die Produktionsmittel kein Privateigentum sein dürfen. Die Arbeiter sollen zu der Gewißheit kommen, daß Unternehmer, Aktionäre, Aufsichtsräte usw. betriebsfremde Elemente sind. Die Arbeiter sollen zu der Ueberzeugung gelangen, daß sie die Verantwortung für die Erzeugeteit der Arbeit gegenüber der Gesellschaft tragen werden. Welche Organisationsform können ihnen das aufdringlicher demonstrieren, als die Betriebsorganisation? Die Arbeiter müssen sich daran gewöhnen, daß ihnen der Betrieb in treuen Händen überlassen wird. Und — bis dann. Im „eigenen Hause“ der „Herrn“ pflanzen die Lohnknechte den proletarischen Kampfespfahl auf, der in das kapitalistische Leben tiefer und tiefer dringt und es schließlich löst. Auf dem „eigenen Hause“ trägt der „rote Hahn“. Die Betriebsorganisation!

Der Aufbau zur Allgemeinen Arbeiter-Union hat sich nach den Kampfnotwendigkeiten zu vollziehen. Er muß und soll gestalten, daß durch den Bau die heiße Lust der proletarischen Kampfeslust ungehindert strömt. Die Kampfnotwendigkeiten werden determiniert von der zentralen Wucht der staatlichen Machtmittel. Ihnen, wenn nötig, ausweichen, sie in Teilkämpfen beunruhigen oder mit weitaustrahlender Wucht zum Zusammenbruch führen. Das Wie, Wann und Wo der Taktik wird in dem Maße einfacher, als die psychologische Umwandlung der Arbeiterhirne fortschreitet.

Karl R o g e.

Etwas von dem, was jeder Unionist wissen muß.

1.

Wahlen.

Die Allgemeine Arbeiter-Union beteiligt sich nicht an Wahlen, die von der kapitalistischen Regierung vorgeschrieben werden. Alle Gesetze, von dieser Regierung herausgegeben, sollen dazu dienen, das zusammenbrechende Wirtschaftssystem der Ausbeutung und Unterdrückung zu reformieren. Das heißt: zu erneuern. Die Allgemeine Arbeiter-Union lehnt jeglichen Reformismus ab. Wir wollen die alte stuchselbige Weltordnung beseitigen. Auf den vom Eigennutz zerfallenen alten Wirtschaftstrümmern kann nicht der stolze Aufbau des Sozialismus errichtet werden. Dazu gehört eine gänzlich neue Grundlage: das Fundament der Solidarität aller Arbeitenden.

Die Betriebsorganisationen sind die Bausteine dazu. Die bürgerlichen Parlamente sind Herrschaftsorgane der Faulen über die Fleißigen.

Die proletarischen Parlamente sind die Räte der Arbeitenden. Diese Räteparlamente können erst errichtet werden, nachdem das Proletariat kraft seiner Diktatur die bürgerlichen Parlamente beseitigt haben wird.

So beteiligt sich die Allgemeine Arbeiter-Union auch nicht an den Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsräten. Die Betriebsräte haben, wie ihr Name es deutlich ausdrückt, die Interessen des Betriebes zu fördern. Die Betriebe aber stehen nicht unter der Kontrolle der Arbeitenden, sondern sie gehören den Unternehmern oder Aktionären oder stehen unter der Kontrolle von staatlichen Bürokraten. Das Betriebsrätesystem ist bürgerlicher Parlamentarismus, bürgerliche Demokratie, hineingelegt in die Betriebe. Es dient dazu, den Arbeitern schon in den Stätten der Ausbeutung den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu verschleiern.

So sind die Betriebsräte ausführende Organe der kapitalistischen Herrschaft, Polizeimittel zur Steigerung der Mehrwertbildung. Und wie jeder bürgerliche Parlamentarismus lähmen sie den proletarischen Klassenkampf.

Der revolutionäre Arbeiter in den Betriebsrat gewählt, wird dort korumpiert oder unmöglich.

Die revolutionären Arbeiter in den Betrieben wählen sich ihre Obleute. Die revolutionären Betriebsobleute vertreten in den Betrieben die Interessen des proletarischen Klassenkampfes. Sie überwachen den Betriebsrat und fördern die Forderung des „guten Einvernehmens“ zwischen Kapital und Arbeit, das die Betriebsräte herbeiführen sollen.

2.

Unterstützungen.

Die Allgemeine Arbeiter-Union ist kein Unterstützungsverein. Die Not der Lohnarbeiterschaft ist eine Folge der kapitalistischen Miswirtschaft. Diese ist für das Elend der Arbeiter verantwortlich zu machen. Von ihr ist die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. zu fordern in der Höhe des eingegangenen Arbeitslohnes. Der Kapitalismus kann solche Forderungen nicht erfüllen, denn das Elend der Arbeiter ist nicht allein eine Folge der Ausbeutung, sondern es ist auch eine Voraussetzung für die Ausbeutung. Nur eine Wohlstandsklasse, die sich zwingen läßt, aus der Hand in den Mund zu vegetieren, ist für das Kapital als Lohnarbeiterschaft zu brauchen. Alle sozialpolitischen Maßnahmen, die Arbeiter vor dem Verelenden zu schützen, erfüllen nur den damit verbundenen Zweck, sie dauernd so sozial tief zu stellen, daß sie in der Lohnknechtserei verharren müssen.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, kämpft die Allgemeine Arbeiter-Union nicht für die Verbesserung der Lohnarbeit, sondern um deren Beseitigung.

Die Unterstützungsvereine in der Gewerkschaft machen diese zum Notker des Staates. Damit wälzt die Gewerkschaft die Lasten, die die Unternehmer tragen müßten, auf die Arbeiter ab.

Die Unterstützungsvereine in der Organisation töten das revolutionäre Bewußtsein und machen den Klassenkampf zusehender. Sie bringen die Mitglieder zu dem Glauben, die Selbsthilfe der proletarischen Pfennigsolidarität sei Sozialismus. Sie machen die Organisation zur Armenbehörde aus proletarischen Mitteln. —

Wer am Klassenkampf nur dann sich beteiligen will, wenn er dabei von der Organisation materiell unterstützt wird, gehört nicht in die Allgemeine Arbeiter-Union. Die zukünftigen Wirtschafts- und politischen Kämpfe werden sich derzeit ausweiten, daß deren Unterstützung unmöglich sein wird.

Soweit bei Streiks und Maßregelungen materielle Unterstützung möglich und notwendig ist, muß die freie Solidarität eingreifen. Die Befundung der freien Solidarität durch materielle Opferwilligkeit erzielt die Arbeiter zum revolutionären Denken und Fühlen, bringt Kampfesstimmung in alle, die zur freiwilligen materiellen Opferleistung herangezogen werden.

Wer sich freiwillig solcher Solidarität entzieht, wer nicht regelmäßig, freiwillig, ohne Organisationsbeschluss, Kampffondsmarken leibt, hat selbst kein Anrecht, bei Streiks oder Maßregelung die Solidarität anderer in Anspruch zu nehmen.

Das Auffammern irgendwelcher Fonds in der Organisation, sei es für Kampfes- oder bloße Unterstützungsziele, führt zur Finanzwirtschaft. Die Finanzwirtschaft erfordert bezahlte und für die Kassensführung verantwortliche Angestellte. Diese werden, wie eine langjährige und able Erfahrung in den freigeselbten Gewerkschaften es erwiesen hat, zu bürgerlich veränderten Bankhaltern. Das berückelte Bonzentum hat seine Ursachen in der Finanzwirtschaft. Das aufgesammelte Geld führt zur Korruption der Organisation.

Die Wochenbeiträge werden erhoben und müssen genügend hoch sein, um Propaganda und Ausflüchtung betreiben zu können.

Die Allgemeine Arbeiter-Union ist kein Unterstützungsverein; sie kämpft den Endkampf gegen den Kapitalismus.

Stimmzettel und Handgranaten statt Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Das hamburgische Arbeitsamt quält sich ab in ungeschickter Demagogie, einen neuen „Erwerbslosenrat“ auf die Beine zu bringen. In der Kasse wird ein Stimmzettel folgenden Inhalts den Erwerbslosen ausgehändigt:

U r a b s t i m m u n g.

Ich stimme für eine Erwerbslosenvertretung mit Ja — Nein.

Dazu sagte uns ein erwerbsloser Bauarbeiter: „Ich stimme dafür, daß der Leiter des hamburgischen Arbeitsamtes, Hüffmeier, wieder Mauersteine tragen soll, dann wird er die Erwerbslosen verstehen und sie mit Stimmzetteln versehen.“ Nach der persönlichen Seite hin liegt in solchem Reasonnement manche Wahrheit. Wir müssen aber den Dingen kritischen Auges auf den Grund sehen. Dann erkennen wir, daß die Arbeitslosigkeit für die kapitalistische Wirtschaft eine unabwendbare Notwendigkeit ist und daß der Kapitalismus sich selbst aufgeben müßte, wollte er die arbeitslosen Proletarier durch eine entsprechende Höhe der Erwerbslosenunterstützung aus ihrem Elend herausheben.

Das Kapital braucht die Arbeiter als Ware. Das Angebot auf dem Arbeitsmarkt muß ein möglichst großes sein, soll die Ware Arbeitskraft billig sein. Ohne Reservearmee würde der Preis der Ware Arbeitskraft emporschnellen zu der Grenze, wo die Mehrwertzeugung aufhört.

Die Reservearmee drängt ungestüm auf den Arbeitsmarkt, je hungrier sie ist. Also dürfen die Arbeitslosen nicht solche Erwerbslosenunterstützung bekommen, daß sie satt werden. Das sind die brutalen Gesetze der kapitalistischen Miswirtschaft. Die ändert keine kapitalistische Regierung und kein Erwerbslosenrat. Beseitigt muß die Miswirtschaft werden: Die Produktionsmittel müssen unter die Kontrolle der Arbeitenden gestellt, die Arbeit muß sozialistisch organisiert, die Güterverteilung durch die Räte der Arbeitenden vorgenommen werden. Das ist die kommunistische Räteherrschaft auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage. Dazu bedarf das Proletariat der politischen Machtmittel des Staates, um sie gegen die Arbeitslosen von Geburt und Prinzip, die in Harvellschube und am Elbstrand wohnen, anzuwenden. Die Beseitigung der Erwerbslosenelends ist nicht zu lösen durch die Demokratie, sondern sie muß gelöst werden durch die proletarische Diktatur. So lange die Nichtarbeitenden regieren und genießen, hat jeder Pro-

letzter auch das moralische Recht auf Faulheit und Erwerbslosenunterstützung in der Höhe des Arbeitslohnes.

Dass auch die sozialdemokratische Regierung in Hamburg weder willens noch fähig ist, den Erwerbslosen nennenswert zu helfen, haben hier die Ereignisse der letzten Monate sonnenklar bewiesen.

Im Sommer 1919 brachte der Sozialdemokrat Deuterich in der Bürgerschaft einen Antrag ein, daß die Kosten der Erwerbslosenfürsorge von den Einkommen über 5000 Mark extra getragen werden sollten. Den Antrag verwies die Bürgerschaft an einen Ausschuß, wo er sanft und selig entschlafen ist.

Der bittere Reiz des Zahlenmüssens ging an den Reichen vorüber. Dafür aber holte um dieselbe Zeit die sozialdemokratische Regierung die Reichsmehr nach Hamburg. Nun hatte man Bajonette, Handgranaten und spanische Reiter gegen die Erwerbslosen. Nun tut eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ja nicht mehr nötig. Nun bedarf es nur des Erwerbslosentales, der die hunnenden Proleten sozialdemokratisch einseift. Dazu dient der oben beschriebene Stimmgel.

Von den beiden Krähen.

Als am 1. Dezember 1919 die Vulkan-Werft in Hamburg geschlossen wurde, blieben über 500 revolutionäre Arbeiter auf der Strecke. In der Haupt-

sache waren es Anarchisten und Syndikalisten, die nach einer Vereinbarung des Betriebsrats mit der Werft-Direktion, bei der Wiedereröffnung des Werks gemahregelt wurden. Das Werk sollte gereinigt werden von den ehelich-revolutionären Elementen, die in der Schaffung eines Betriebsrats Sengespießcher Charakterlosigkeit nicht das annehmbare Resultat der November-Revolution erblickten konnten.

Aber der Werftdirektion kam nicht nur der Verfolgungswahnsinn des Betriebsrates zur Hilfe. Auch das Hamburgische Arbeitsamt nahm die Gelegenheit wahr, seinen gegenrevolutionären Haß mit Moskischem Geldmutter gegen die dem Hunger überlieferten Vulkanesen loszulassen. Es wollte sie zum Verhängen bringen und sperrte ihnen zu diesem menschenverurteilenden sozialdemokratischen Zweck die Erwerbslosenunterstützung für zwei Wochen. Und auf daß die Wallwitz, Sengespieß, Hüfmeier ihren subversiven kontrerevolutionären Haß noch extra perbers befriedigen konnten, wurden elf Ausgesperrte herausgesucht und ihnen wurde die Erwerbslosenunterstützung auf vier Wochen gesperrt. Alle gemahregelten Arbeiter waren damit, da sie keine Kontrollkarte erhielten, auch bei den Arbeitsnachwehen für die Arbeitsvermittlung ausgeschlossen. Gerade während der Weltmachtszeit und dem Jahreswechsel sollten sie dem Hunger erliegen. Eine prachtvolle Illustration für die Menschlichkeit sozialdemokratischer Regierer, die selbst einmal Arbeiter waren.

Das alles machten die Herren unter sich ab. Das Wallwitz angab, bestätigte Sengespieß; Hüfmeier glaubte

es und das Arbeitsamt entschied demgemäß. Die betroffenen Arbeiter wurden zu keiner Verteidigung zugelassen.

Ob dieser brutalen Beschäftigung in der freiesten Republik der Welt beschwerte sich einer der besonders gebildeten Elfen beim Reichsarbeitsministerium. Der Herrsche kannte noch nicht das Sprichwort von den beiden Krähen.

Man warbe folgende Mitteilung:
Reichsarbeitsministerium. Berlin, 3. März 1920.
J. E. 289-20.

Ihr an das Reichsarbeitsministerium gerichtete Schreiben vom 21. Februar d. J. ist an den Senat der freien und Hansestadt Hamburg abgegeben worden.

Geheime Kanzlei des Reichsarbeitsministeriums.

Bei Ebert genau tote bei Wilhelm dem Ausgeriffenen! Beschwoere man sich früher bei der hohen Staatsregierung darüber, daß der Regierungs- oder Oberpräsident einer Beschwerde gegen den Landrat nicht stattgegeben hätte, so wurde das Schreiben an den Herr Regierung- oder Oberpräsidenten zur Erledigung überwiesen. Landrat, Regierungs- und Oberpräsident aber blieben derselben immer der gleichen Meinung, denn sie gehörten ja zu einer und derselben Bürokratieclasse. So worden nun auch Herr Stolten, Herr Hegemann mit Herrn Hüfmeier der gleichen Meinung sein, denn sie gehören zur gleichen Bürokratieclasse. Es ist immer so gewesen — bis auf weiteres — so geblieben, daß eine Krähe der anderen die Augen nicht ausschaut.

Ein Jahr kommunistische Internationale.

Die weltgeschichtliche Bedeutung der Dritten kommunistischen Internationale besteht darin, daß sie begann, die große Losung Marx' im Leben zu verwirklichen, die Losung, die der jahrhundertlangen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die in dem Begriffe Diktatur des Proletariats ihren Ausdruck findet.

Dieser geniale Vorausblick, diese geniale Theorie wird Wirklichkeit. Diese lateinischen Worte sind jetzt in alle Volkssprachen des zeitgenössischen Europa, ja mehr noch, in alle Sprachen der Welt übersetzt.

Eine neue Epoche der Weltgeschichte hat begonnen.

Mit diesen Worten suchte Lenin kurz nach ihrer Gründung den Platz der Dritten Internationale in der Geschichte zu bestimmen. Waren sie Uebertreibung?

Heute, ein Jahr nach dem 4. März 1919, dem Gründungstag der dritten Internationale, dürfen wir feststellen, daß unsere Hoffnungen nicht enttäuscht wurden. In dem Maße, wie die Herrichtung des Kapitalismus in allen Ländern fortschritt, wie der Reichnam der zweiten Internationale in Verwesung überging, allen Galvanisierungsversuchen der Sozialdemokraten zu Trotz, in gleichem Maße wuchs die dritte Internationale, wurde ihr Programm zur Tat. Unter ihrem Banner, das noch vor kurzer Zeit eine schwache Minderheit der Arbeiter vereinte, sammelten sich die Arbeitermassen aller Länder. Die Hilferdings, die sie als „Sektengebilde“ östlicher Herkunft abzutun wagten, können ebenso wie ihre französischen Gesinnungsgenossen nur durch heuchlerische Manöver die Anhänger ihrer Partei an dem sofortigen Uebertritt hindern. Die tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter selbst, noch vor kurzem völlig in nationalistischem Taumel verfangen, fordern den Anschluß an Moskau.

Und schneller, als man erwarten konnte, ist die dritte Internationale die einzige internationale Arbeiterorganisation. Die zweite Internationale ist endgültig tot. Seit dem Austritt der französischen sozialistischen Partei hocken auf ihren Trümmern neben den deutschen Noskitten, den englischen und skandinavischen Ministersozialisten, den bulgarischen Weitberzigen und einigen anderen nationalistischen Gruppen nur noch die Sozialdemokraten Deutschösterreichs.

Die zweite Internationale war eine lose Verbindung von selbständigen nationalen Parteien, welche durch gemeinsame Resolutionen zusammengehalten, sich nicht als aktionsfähige Gemeinschaft bewährte und zu bewahren vermochte. Selbst in den wichtigsten Fragen, wie in der Frage des imperialistischen Krieges und des Ministerialismus, in der Stellungnahme zu Nation und Staat, vermochte kein einheitlicher Wille sich durchzusetzen. Während Kautskyaner und revolutionäre Marxisten radikale Resolutionen durchzusetzen vermochten, trieben die Reformisten Versöhnungspolitik

mit „der nationalen Bourgeoisie, mit den Gewalthabern des „Vaterlandes“. Radikale Theorie, reformistische Praxis kennzeichnet die zweite Internationale, welche nicht einmal Kautskys Worte zur Wahrheit zu machen vermochte: „Weit wichtiger, als was wir tun, ist, daß wir alle dasselbe tun.“ Sie konnten nicht dasselbe tun, die Parteien der zweiten Internationale. Die Regierungsozialisten, welche mit den bürgerlichen Parteien innerhalb des staatsverhaltenden Blockes um Reformen feilschten, konnten nicht dieselbe Taktik einschlagen, wie die Vorkämpfer des revolutionären Proletariats, das in schwerem Kampfe Schritt für Schritt vorwärtsdringend gegen den bürgerlichen Klassenstaat Stellung nahm. Der 4. August 1914 hat schließlich ausgesprochen, das was ist: die Unvereinbarkeit von nationaler und internationaler Ideologie, die Unmöglichkeit der Zusammenarbeit von revolutionären Proletariats und kontrerevolutionären Agenten der Bourgeoisie. Deutsche Scheidemänner und französische Renaudels, englische Hendersons und österreichische Rennerer mußten vor die Wahl gestellt, dem Vaterlande der Kapitalisten oder der Internationale der Arbeiterklasse die Treue zu wahren, sich bedenkenlos dem Heerbanne des Imperialismus beigesellen. Die revolutionären Elemente aber konnten nicht in einer Internationale verbleiben, deren Mitglieder zu Agenten des Imperialismus geworden waren. Die zweite Internationale starb in dem Augenblicke, da sie ihre Schlagkraft beweisen sollte, denn sie war kein Kampfinstrument, sondern eine Fiktion, eine Vorpiegelung nicht bestehender Tatsachen.

Alle Bemühungen, die zweite Internationale zu neuem Leben zu erwecken, das notwendigerweise das alte Scheinleben hätte werden müssen, blieben vergeblich. Wohl reicheten sich die Wels' und Thomas', die Henker der deutschen Arbeiterschaft und die Zutreiber der Ententeimperialisten die blutbestenken Hände: die zweite Internationale blieb tot. — Doch noch wollen die Wels-Kautsky und Gesinnungsgenossen ihr unter falscher Flagge auf die Beine zu helfen. Es ist die „vierte“ Internationale, die erst die „wirkliche“ internationale Organisation werden soll, eine Organisation, in der die Mörder Liebknechts neben seinen Parteigenossen, die Minister der bürgerlichen Staaten neben den Revolutionären des eigenen Landes sitzen sollen, nur über die Methoden verschiedener Meinung, aber durch die Gemeinschaft im Ziele geeint. Aber auch dieser herrliche Plan wird nicht gelingen. Die zweite Internationale wird auch nicht in der Form der „vierten“ ihre Auferstehung feiern. Und die Zeit ist nicht mehr fern, in der überall die Worte des Manifestes der kommunistischen Internationale befolgt sind: Unter dem Banner der Arbeiterkräfte, des revolutionären Kampfes für die Macht und die Diktatur des Proletariats, unter dem Banner der Dritten Internationale, Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Ein Gruß der französischen Genossen.

Kommunisten aller Länder!

Das Komitee der dritten Internationale begrüßt den Geistes der französischen kommunistischen Arbeiter Ausbeut geben, den ersten Jahrestag der kommunistischen Internationale und erneuert vor Euch das Gelübnis der unzerstörbaren Solidarität, die uns zu einer einzigen Weltpartei einigt.

Ein Jahr ist verfloßen, seitdem in Moskau durch die Elite der internationalen Kommunisten, die sich unter dem Banner der großen russischen Proletarierbewegung sammelte, die neue Internationale der Arbeiter gegründet wurde. Wie sehr ist in diesem Jahre des unverföhnlichen Kampfes zwischen dem Kapitalismus und dem Proletariat aller Länder die Zahl der Opfer der bürgerlichen Schwendensherrschaft und Verfalligkeit gewachsen! In anderen Ländern trauern die Kommunisten bei jeder Erinnerung an die Entorbung der herrschenden Vorkämpfer ihrer Sache. Das Gedächtnis an Wladimir, Urizky, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Landauer, Eugen Levine, Otto Korbin, Kamjan und so viele andere Diener der Sache der Unterdrückten wird überall lebendig sein, wo Menschen für ihre Befreiung kämpfen. Das Blut der Märtyrer ist nicht vergeblich geflossen. Die soziale Revolution, in Rußland entstanden, erhebt sich unbesiegt und das unübersteigliche Wachstum ihrer Kräfte ist eine tödliche Drohung für die kapitalistische Barbarei. Das Bündnis aller revolutionären Organisationen beider Kontinente in der kommunistischen Internationale kündigt die Herrschaft des entscheidenden Kampfes des Weltproletariats gegen die verheerendste Macht des internationalen Kapitalismus an.

Kommunisten aller Länder, wißt, daß das französische Proletariat während des Befreiungskampfes der Ausgebetteten gegen die Besitzenden nicht beiseite stehen wird. Die Lehren des imperialistischen Krieges und der europäischen Revolution tragen ihre Früchte.

Die verhängnisvollen Verfolger, die lange Zeit hindurch den Kampf der von den Verrätern des Sozialismus und des revolutionären Syndikalismus irreführten französischen Arbeiter unfruchtbar gemacht hatten, verschwinden unter den Strahlen des kommunistischen Beispiels. Die fruchtbaren Lehren der dritten Internationale haben die Vorhut des französischen Volkes kampffähig gemacht. Sie stößt heute die Renegaten der Arbeiterbewegung von sich, verschmähst die Zusammenarbeit der Massen und nimmt ihren Platz an der internationalen revolutionären Front ein, voll Begeisterung für die erprobten Methoden des kommunistischen Kampfes. In Frankreich entsteht eine starke Stütze der dritten Internationale und sie wird ohne Schwäche ihre Pflicht erfüllen, geleitet durch das Beispiel derer, die für die Freiheit der Arbeit gestorben sind.

Es lebe die kommunistische Internationale!

Für das Komitee der dritten Internationale:

Die Sekretäre:

J. Loriot. B. Monatte. B. Souvarine.

Genossen! Denkt an die Opfer der reaktionären Justiz!

Selbst Karl Liebknecht lehnte zu den Arbeitern zurück und ganz verfehlt wäre es, sich auf Liebknecht zu berufen, als ob das was Liebknecht gemagt hat, jemals wieder vorkommen sollte. Karl Liebknecht als Einziger hatte den Mut gegen den Krieg aufzutreten. Als Einziger in Europa zeigte er dem Proletariat den Weg. Liebknechts Tat ist von größerer Bedeutung als der Krieg. Karl Liebknecht legte den Grundstein der 3. Internationale; bedeutet den Klassenkampf auf Leben und Tod. Karl Liebknecht kündigt uns eine neue weltgeschichtliche Epoche an; die Sklaventaten werden gesprengt, eine neue Kultur bricht an, das alte zertümmert, hinwegsegend.

Wie lächerlich ist es, wenn unsere Sozialdemokraten sich auf Karl Liebknecht berufen, überhaupt decken sie alle ihre Halheiten mit dem Namen Liebknecht, Lenin, Kadeb usw. und die kommunistische Partei der Schweiz muß mit allen Mitteln das wahre Gesicht all dieser Schweinereien aufdecken; im besonderen die parlamentarischen „Kämpfe“. Zumal in der Schweiz, als älteste Republik und als älteste „Demokratie“ hat das Proletariat durch diesen Segen schon lange genug gekostet und durchschaut.

Wir anerkennen den Parlamentarismus als historische Notwendigkeit während der Zeit, da die Arbeiter sich nur durch Worte imponieren ließen, die auf der Tribüne des Parlamentes gesprochen wurden. In einer Zeit, da es noch nicht möglich war, Massenversammlungen von Zehntausenden abzuhalten, als es noch keine Arbeiterorganisationen gab mit Hunderttausenden von Mitgliedern.

Diese Organisationen mußten geschaffen werden und sie entstanden weniger durch die Propaganda des Wortes, als durch die eiserne Maschinerie der kapitalistischen Entwicklung selbst. Wie der Kapitalismus sich zu gigantischen Wirtschaftskolossen verdichtete, so schloß sich auch das Proletariat zu immer größeren Organisationen zusammen. Beide Reien werden zusammenprallen und die historische Notwendigkeit wird das junge und neue zum Siege führen. Das ist die Dialektik der Geschichte. Der Parlamentarismus hat bereits ausgespielt. Er lebt noch fort als Tradition. Seine Wurzel lebt in der Vergangenheit. Der Arbeiter beteiligt sich wohl noch an den Wahlen, die soz. dem. Parteidisziplin hält ihn noch gefangen, er glaubt seine Pflicht zu tun; aber die frühere Begeisterung fehlt, die erhofften Erfolge schlugen ins Geviert. Innerlich faul und morsch, droht alles zusammenzubrechen. Die Welten der Bourgeoisie und des Proletarats, als daß der Kampf noch durchwoben, als daß der Kampf noch durch Wechseln von Worten geführt werden könnte. Das Militärregime und eine Spitzelarmee beschützen die „Demokratie“. Sozialdemokraten ziehen unter Berufung von — Kadeb und dem Bureau der 3. Internationale von Wahl-Kampf zu Wahl-Kampf. Die schweizerische Arbeiterschaft wird über die Köpfe dieser Kantonsräter hinweggeführt zur Schaffung der Arbeiter- und Betriebsräte zum Zwecke der Erklämpfung der politischen und wirtschaftlichen Macht. Nieder mit der schweizerischen Schwabude. Es lebe die Arbeiterrepublik, sei unsere Parole.

Politische Rundschau.

Sozialdemokratische Hundeseelen.

In dem Zentralorgan der ungarischen Sozialdemokratie, der Budapest „Nepszava“, schreibt in der Nummer vom 2. März der Nachfolger des von Horthy's Stützen ermordeten Bela Somogyi, Johann Venczel, als Leitartikel einen „Offenen Brief an den Herrn Reichsverweser“, den Massenmörder Horthy, dem wir in genauer Uebersetzung folgende Stelle entnehmen:

Dem Volk des tausendjährigen Ungarn ist seit tausend Jahren nur zweimal — und jetzt — die Möglichkeit gegeben worden, die oberste Gewalt selbst denen zu geben, auf die es das größte Vertrauen setzt und denen es sein Schicksal ruhig anvertrauen kann. — — —

Erfüllt von der Größe der Aufgabe, fühlen wir uns verpflichtet, von der beginnenden Arbeit des Wiederaufbaues unsern Teil mit voller Kraft auf uns zu nehmen, damit die Aufgabe des Herrn Reichsverwesers erleichtert werde. — — —

Der Schatz der organisierten Arbeiterschaft wird dem Herrn Reichsverweser immer zur Verfügung stehen. — — —

Aus den Kinderjahren der deutschen Sozialdemokratie gibt es ein Spottlied über „Deutsche Treue“:

Das größte Vieh ist doch der Hund,
Man lenkt ihn ohne Zügel,
Und schlägt man ihm den Rücken wund
So leckt er doch den Prügel.

Mögen die sozialdemokratischen „Führer“ Ungarns sich deshalb an ihre „bewährten“ Gesinnungsgenossen in Deutschland wenden, damit die ungarischen Arbeiter bei all den Fußtritten, die ihnen die Horthybanditen fortgesetzt verabsolgen, wenigstens nicht aus dem Taft kommen.

Vor der Offensive?

Die „Deutsche Zeitung“, die über gute politische Informationen verfügt, läßt sich aus Helsingfors berichten:

„Wie die „Pravda“ meldet, haben in Moskau Beratungen der führenden Männer der Sowjetregierung mit den Generalführern stattgefunden. Im Verlaufe dieser Konferenzen wurde die zukünftige Politik der Sowjets gegenüber dem Auslande nach allen Richtungen erörtert. Trotzki schlug vor, die Operationen in Europa zeitweilig einzustellen und sie gegen Persien, China und Indien in die Wege zu leiten. Trotzki's Plan fand die Unterstützung Sinowjens. Der Generalstabschef sprach sich dagegen entschieden ablehnend gegen Trotzki's Kriegsplan aus und schlug vor, eine umfassende Offensive gegen Polen zu beginnen. Er stützte seine Ansicht hauptsächlich mit dem Argument, daß im Falle der Truppentransporte nach Asien Polen leicht die Möglichkeit hätte, seine Armee wesentlich zu verstärken. Da Lenin in seine diesbezügliche Ansicht noch nicht kundgegeben hatte, wurde die Entscheidung darüber einstweilen aufgeschoben. Die Konferenzen mit den Militärs sollen fortgesetzt werden.

— Da diese Informationen nur durch Spionage erlangt sein können, sind sie mit Vorsicht zu genießen. Das eine aber steht fest: Polens kriegerische Vorbereitungen werden ein gerüstetes Rußland finden, das seine wahren Absichten auch vor geschickten Militärspionen zu verbergen versteht.

Die Sowjet-Regierung dürfte indessen gut tun, einmal nachspüren zu lassen, woher die deutsch-nationale Presse ihre häufig zureichenden Informationen bezieht. Es dienen bekanntlich eine ganze Anzahl deutscher Offiziere in der Roten Armee!

Aus der Internationale.

Die Kommunistische Partei von Nordamerika.

Am 1. September 1919 wurde die kommunistische Partei Amerikas organisiert. Sie bildete sich aus dem äußersten linken Flügel der alten „Socialist Party“, die während des Krieges in drei Teile zerfallen war. Während der ersten drei Monate, während deren die Partei legal arbeiten konnte, entstanden an 700 Ortsgruppen, und es war alle Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß in kurzer Zeit das erste Tausend überschritten sein würde. Die Partei stand auf durchaus gesunder finanzieller Grundlage. Das Hauptbüro der Landesorganisation erzielte während der ersten drei Monate eine Gesamteinnahme von über 31 000 Dollars, denen eine Ausgabe von über 19 000 Dollars gegenüberstand, so daß ein Ueberschuß von mehr als 11 000 Dollars während der kurzen Zeit der Legalität erzielt wurde.

Wegen der Anerkennung des Programms der dritten Internationale wurde die Partei als „ungefährlich“ erklärt, die Büros überfallen, ausgeplündert und geschlossen. Es begannen die schärfsten Verfolgungen, die Einkerkelungen und Deportationen. Die Partei erholte sich bald wieder von den ersten schweren Schlägen und begann ihre Organisation auf illegaler Basis aufzubauen. Heute besteht noch im wesentlichen die Zusammenfassung in Gruppen nach Wohnbezirken, doch wird, wie aus dem offiziellen Parteiorgan „The Communist“ hervorgeht, die Betriebsorganisation eifrig diskutiert, und die Einsicht, daß diese Form der Organisation die zweckmäßigste ist, beginnt sich durchzusetzen.

Die Verfolgungen haben natürlich das Wachstum der Partei verlangsamt. Dafür ist die Partei heute geschlossener und kampffähiger als je, da jede Betätigung für sie mit größter persönlicher Gefahr verbunden ist, und deshalb nur die tatkräftigsten und energissten Elemente des Proletariats ihr beitreten.

Neben der kommunistischen Partei besteht noch eine sogenannte „Kommunistische Arbeiterpartei“, die aber wenig Bedeutung besitzt und eine kompromittierende Haltung einnimmt, die sie der deutschen U. S. P. verwandt erscheinen läßt. Augenblicklich finden Verhandlungen zwischen beiden Parteien statt, um festzustellen, ob und auf welcher Basis eine Einigung möglich ist.

Welche Stellung die kommunistische Partei zur Gewerkschaftsfrage einnimmt, geht aus den uns vorliegenden Publikationen noch nicht klar hervor. Die „Industrial Workers of the World“ haben sich darüber bekanntlich eine sehr starke Organisation geschaffen, die der hiesigen Allgemeinen Arbeiter-Union entspricht. Für uns wäre es selbstverständlich, daß die amerikanischen Kommunisten nur diese Organisation als wirtschaftliche Kampforganisation anerkennen, aber die Möglichkeit besteht auch, daß man noch glaubt, durch „Revolutionierung von innen“ — System der deutschen Reichszentrale — die konterrevolutionären Gewerkschaften des Herrn Comper revolutionieren zu können.

Aus der Partei.

Die Atomisierung des Spartakusbundes

schreitet mit rasender Geschwindigkeit fort. Inzwischen konsolidiert sich mit gleicher Schnelligkeit die kommunistische Partei, die sich aus den Ortsgruppen der früheren K. P. D. (Spartakusbund) zusammensetzt, die sich von ihren Spartakus-Instanzen befreit haben.

Der frühere Bezirk Nord

ist auf der letzten Bezirkskonferenz von seiner Bürokratie gesprengt worden und besteht heute nur noch aus den bürokratischen Trümmern, die mit ihrem persönlichen Anhang vergeblich versuchen, sich den Anschein einer Partei zu geben.

Am Sonntag den 7. März, sollte die von den Instanzen zusammengekommene Bezirkskonferenz stattfinden, um sich auf die sogenannten Leitfäden der Bremer Informationskommission festzulegen. Die Ortsorganisation Hamburg hatte inzwischen die Geduld verloren und mit der ortsanfälligen Spartakusbürokratie abgerechnet, die daraufhin aus der Organisation ausschied und sich in einem eigenen Bereich zusammenfand, ohne daß die Mitglieder des Bereichs (Gutmann, Lindau, Guler & Co.), soweit sie in den Instanzen des Bezirks Nord saßen, es für nötig hielten von ihren dortigen Posten zurückzutreten. Sie fanden wirksame Unterstützung in dem Bezirkssekretär Wolf und seinem Schreibgehilfen Otto Dehring, die sich aus begründeten Gründen mit den fortgegangenen Bürokraten solidarisch fühlten. Am Sonnabend ließen diese Herrschaften dann durch die „Bezirkszentrale“ und den „Bezirksausschuß“ beschließen, daß die Delegierten der Hamburger Organisation nicht auf der Bezirkskonferenz zugelassen sind. Dieses Mandat glückte den Instanzen nur mit 5 gegen 4 Stimmen, wobei Erna Halbe sich der Abstimmung enthielt, anscheinend, weil sie noch nicht ganz klar sah, was aus dem Spaltungsmäandern sich entwickeln würde, und weil sie sich den Rücken nach beiden Seiten hin decken wollte. Die Hamburger Organisation betrachtet die Schmämmhaltung als gleichbedeutend mit einer Abstimmung für Ausschluß der Hamburger Mitgliedschaft von der Konferenz und überläßt die charaktervolle Erna gerne den Instanzen und ihrem Bereich.

Sir transit gloria mundi. (So vergeht der Ruhm der Welt.)

Nachdem so beschlossen worden war, daß der Bezirk zu zerkümmern sei, stand die ganze Tagung der Konferenz in dem Zeichen der Opposition eines Teiles der Delegierten und der Angst der Instanzen, daß die Hamburger Delegierten doch erscheinen könnten. Die Folge war, daß die Instanzen trotz eines großen Aufgebotes von „Gästen“ es bei den Abstimmungen auf ganze 9 Stimmen für ihre Anträge brachten, während gegen Mittag die Mehrheit der Konferenz beschloß, daß einem Sprecher der Hamburger das Wort zur Darstellung des Hamburger Standpunktes zu erteilen sei. Dieser Beschluß wurde der Organisation am Nachmittage telephonisch übermittelt. Als daraufhin sich die Hamburger Delegierten nach dem Tagungslokal begaben, kamen sie gerade zur rechten Zeit, um zu sehen, wie die ganze Konferenz von der Sicherheitswehr auf Bastionen gepackt und abgefüllt wurde.

Aus Angst vor den Hamburger Delegierten hatte die Konferenz auf Veranlassung der Instanzen mehrfach ihr Tagungslokal gewechselt, und da die Arbeiterquartiere anscheinend nicht für sicher genug befunden wurden, kam sie schließlich im Curio-Haus zusammen, wo am Abend zuvor schon eine Vorkonferenz der Instanzen stattgefunden hatte. Kein Wunder daß schließlich die Sicherheitswehr auf diese merkwürdige Tagung aufmerksam wurde und die Konferenz aufhob.

Alle Inhaftierten wurden indessen nach einer Stunde wieder entlassen und die Konferenz konnte weiter tagen, wodurch klipp und klar bewiesen wird, daß die ganze „illegale“ Komödie, die die Instanzen auf solchen Konferenzen spielen, nichts ist als ein niederträchtiger Fieselsatz, um die auswärtigen Delegierten einzuschüchtern und die Tätigkeit der Instanzen mit einem recht geheimnisvollen Schleier zu umgeben, der ihnen helfen soll, sich jeder Kontrolle möglichst zu entziehen. Ganz nach dem Muster der famosen Reichs-Spartakus-Zentrale! Wir erklären gegenüber den illegalen Mäzchen der Instanzen, daß für sie die „Illegalität“ nur ein Deckmantel für ihre schmutzigen Praktiken ist, und daß, wenn wirklich einige Personen aus politischen Gründen illegal leben müssen, dies kein Grund sein kann, die Organisationen und ihre Organe in diese Illegalität einzubeziehen.

Nach Schluß der Konferenz ließen uns die Delegierten der meisten Ortsgruppen des Bezirkes wissen, daß sie die Beschlüsse dieser Konferenz nicht anerkennen. Für den „Geist“ dieser Konferenz zur Auslieferung der Mitgliedschaften an die Spartakus-Zentrale ist charakteristisch, daß sie den Vertreter der Berliner Ortsorganisation gar nicht erst den Saal betreten ließ. Die Zentrale hat trotz aller Gewaltmaßnahmen auf dieser Konferenz nichts anderes erzielt, als was sie auch sonst überall im Lande erlebte. Die Bürokraten fassen mit ihrem persönlichen Anhang die ihnen genehmen Beschlüsse, die Mitglieder aber befreien sich von ihren Bürokraten und setzen ihnen in den Organisationen den Stuhl vor die Tür. (Doppelte Negation!)

Genossen!

Der Bezirk Nord besteht nicht mehr. Alle Ortsgruppen des früheren Bezirkes werden aufgefördert, keine Beiträge an die Instanzen des Bezirkes abzugeben.

Die Ortsorganisation Berlin wird in nächster Zeit eine Vorkonferenz aller Gruppen der grundsätzlichen Opposition einberufen, auf der die Vorarbeiten für die Neukonsolidierung der Gesamtpartei erlabt werden sollen.

Unfälle und Entregungen Hierzu bitten wir an die Ortsgruppen des früheren Bezirks Nord an den Aktionsausschuß der Hamburger Ortsgruppe zu richten. Adresse: Sekretariat der Kommunistischen Partei in Hamburg, Rosenstr. 40 b.

Bezirk Nordwest.

Die Vorarbeiten zur Sammlung der Opposition im früheren Bezirk Nordwest sind von der Ortsgruppe Bremerhaven übernommen. Adresse: Kommunistische Partei Deutschlands, Bremerhaven, Langestr. 114, Telefon Nr. 1159.

Zuschriften für die Allgemeine Arbeiterunion, die Bremerhaven betreffen, sind an die gleiche Adresse zu richten mit der Aufschrift: Allgemeine Arbeiterunion.

Ortsgruppe Hamburg.

Sammelstellen für irgendwelche Zwecke — auch für die Opfer der reaktionären Justiz — sind nur an den Genossen Wilhelm Straupe, Billhorner Deich 59, abzugeben.

Die Mitgliederversammlung am Donnerstag in Hans-Gesellschaftshaus besaß sich mit Fragen der Reorganisation der Partei und mit Zeitungsfragen. Der Bericht wird in der nächsten Ausgabe des Mitteilungsblattes veröffentlicht werden.

Solange die Tageszeitung nicht erscheint, müssen die Distriktsführer die Einberufung der Perrenonsnenerversammlung durch die Bestimmung der Distriktsorganisieren. Es ist nicht immer möglich, die Vertrauensmännerveranstaltungen so früh anzusetzen, daß sie noch im Mitteilungsblatt bekannt gegeben werden können. In diesen Fällen ersucht ein Rundschreiben an die Distriktsführer, die dann die weitere Einladung der Bezirke und Betriebsvertrauensleute ihres Distrikts zu veranlassen haben.

Das Sekretariat im Auftrage des Vorstandes.

Der Aktionsausschuß

hat sich eine aus drei Genossen bestehende Presseabteilung gewählt, die die politische Haltung der K. P. überwacht, damit die K. P. ständig im Sinne der Hamburger Mitgliedschaft redigiert wird. Beschwerden über die politische Führung der Zeitung sind an die Presseabteilung des A. zu richten. Dies gilt, bis die K. P. wieder erscheinen kann, auch für das Mitteilungsblatt.

Ferner erklärt der Aktionsausschuß, daß irgendwelche politische Aktionen, wie überhaupt irgendwelche Abmachungen mit anderen Parteien oder sonstigen Organisationen durch Einzelpersonen keinerlei Gültigkeit für die Organisation haben, da alle politischen Taten im Aktionsausschuß zusammenlaufen, und nur der A. Erklärungen oder Publikationen im Auftrage der Mitgliedschaft erlassen oder sonstige verbindliche Abmachungen treffen kann.

Der Aktionsausschuß bittet die hiesigen Genossen, wie auch die Organisationen im Reich, politische Zuschriften, die die Organisation betreffen: Mitteilungen, Briefe, Material politischen Inhalts mit der Aufschrift: Aktionsausschuß zu versehen.

Den hiesigen Genossen noch zur Mitteilung, daß während der Sprechstunden stets Mitglieder des A. im Sekretariat, Rosenstraße 40 b. 1., anzutreffen sind.

Der Aktionsausschuß der K. P. S.

Groß-Hamburg.

Der Bäckerstreik in Hamburg.

In dem Augenblicke, wo wir dieses kurz vor Redaktionsschluß schreiben, ist der Streik der Hamburger Bäckerarbeiter noch nicht entschieden. Um es gleich vorweg zu sagen: Unser proletarisches Fühlen zwingt

uns, den streikenden Arbeitern den vollsten Erfolg zu wünschen. Das darf uns aber nicht hindern, ihnen zu sagen, daß sie nach alter konservativ-gewerkschaftlicher Methode das Pferd beim Schwanz aufzäumen möchten, was nimmer gelang und nimmer gelingen kann. Ein Handwerk, eine Gruppe, ein Fach oder wie man die einzelnen Teile der Lohnarbeiterschaft immer benennen mag, darf sich nicht materiell herausheben wollen auf Kosten der Arbeiterklasse. Dieser Streik richtet sich nicht gegen die Regierenden und Reichen, denn sie haben die Mittel, auch bei der größten Brotknappheit satt werden zu können. Dieser Streik richtet sich gegen die Vermögenden, die ohne Brot, mit ganz leerem Magen nicht mehr die Kraft zum Verzweifeln behielten.

Ganz zweifellos war die Mehlkontingentierung ein Mittel, die Arbeitslosigkeit unter den Bäckerarbeitern zu mindern, und wir lassen es auch dahingestellt, ob die Aufhebung der Kontingentierung der Allgemeinheit von wirklich solchem Nutzen ist, als es das Hamburgerische Kriegsvorparlament und die arbeiterfeindliche Presse vom „Echo“ bis zu den „Hamburger Nachrichten“ behaupten möchten.

Auch die Hamburger Bäckerarbeiter tragen für diesen Streik nicht in erster Stelle die Verantwortung. Es sind die Leute selbst, die heute als vermeintliche Interessenvertreter der Arbeiter im Hamburgischen Senat und in der Bürgerschaft die Mehrheit haben, die intellektuellen Urheber dieser öffentlichen Katastrophe, die Hegemann, Haase, Krause, und Konsorten, die heute im Senat das große Wort gegen die Streikenden führen, sind die Jungeleuchten aus dem Hamburger Gewerkschaftskartell. Und dieses Gewerkschaftskartell ist die Spitze der freigelassenen Gewerkschaften, die trotz einer riesenhaften technischen Entwicklung und industriellen Enthaltung immer noch den alten Jungeleuchten lang hinter sich hängen haben. Welchen Sinn hat es, wenn heute die Bäcker, Schlachter, oder unsertwegen die Hebammen je für sich streiken? Es hat den antiproletarischen Erfolg, daß sie es immer auf Kosten der Armen und Vermögenden tun. Denn die Reichen finden stets für Geld ihre volle Schüssel, ihr weiches Bett und Hilfe in jeder Lage. Kämpfen darf heute nicht mehr ein Teil der Klasse um Sonderberücksichtigung, kämpfen muß die gesamte Klasse in einem ganzen Wirtschaftsgebiet. Nur so kann der Streik die herrschende Klasse nachhaltig treffen. Dazu natürlich gehören Arbeiterorganisationen, die sich befreit haben von der Heuchelei der Demokratie.

Wir stellen hier an die Bäckerarbeiter die Gewissensfrage: Wäret Ihr bereit, in einem Generalstreik ebenso für eure Klasse einzutreten, wie ihr es jetzt um eure Sonderinteressen tut? Und so wie wir die Bäckerarbeiter kennen, würden wir mit ihnen nicht die Probe aufs Exempel wagen wollen.

Uebrigens ist keine Industrie überreifer für die Kommunalisierung als die der Broterzeugung. Sie ist nicht nur überreif dafür, nein nützlichkeits- und gesundheitliche Erfordernisse schreien geradezu danach. Holz, Buch, die Großbetriebe der „Produktion“ erweisen die Möglichkeit der Kommunalisierung. Hinzu mit den Unternehmern aus diesen Großbetrieben! Aber auch hinaus aus der „Produktion“ mit den Bürokraten, die im Arbeiter nur das Lasttier sehen! Die Betriebe werden den Bäckerarbeitern übergeben, zu treuen Händen, unter öffentlicher Kontrolle. Dann haben sie Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit, dann treibt sie der soziale Ehrgeiz vorbildlich und bahnbrechend zu wirken für die sozialistische Erneuerung der Wirtschaft. Aber solange die Arbeiter Lohnslaven sein und bleiben müssen, solange ein Senator es wagen darf, ihre Forderung als Schweinerei zu bezeichnen, solange eine Regierung gegen sie weiter nichts als Streikbruch unter der Bezeichnung

„Notfall“ und Casusausübung zu organisieren weiß, solange haben auch die Bäckerarbeiter einfach keine Verpflichtung gegen die Allgemeinheit und das Tohuwabohu der zusammenbrechenden kapitalistischen Unordnung muß sich restlos erfüllen.

Streikrecht mit „Nothilfe“, Pressefreiheit mit Zeitungsverboten, Demokratie mit Belagerungszustand, das ist sozialdemokratischer Wirklichkeitszustand.

Die brot hungerigen Proleten, wie die verhehmten Bäckerarbeiter mögen sich nicht beklagen, solange sie den Bonzen nachlaufen.

Blut muß fließen, dreimal Kuppelbid!

Längst schon sind im sozialdemokratischen Deutschland die Kommunisten vogelfrei. Man springt mit ihnen um, wie man will. Sie werden in die Gefängnisse geworfen, ihre Zeitungen werden unterdrückt, ohne daß die gegenwärtigen Gewalthaber es vermöchten, über diese Regierungsmethoden auch nur den ärmlichen Mantel der bürgerlichen Gesetze zu decken. Die Ebertner mühen sich mit allen Mitteln ab, die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten, um so für den sogenannten „Wiederaufbau“ die Bahn frei zu machen. Und doch gibt es Herrschaften, die mit dieser Väterarbeit der Noske in keiner Weise zufrieden sind. Holz, der „Ehrenmann“ und berufsmäßige Kombi-diant, darf unter den Fittichen der Ebertinischen Pressefreiheit mit seiner urteutschen Dreckscham über die glorreichen „Siege“ Noskes herfallen. Man höre:

„Von dieser Regierungsmethode haben wir nun nachgerade die Nase voll. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Regierung nicht nur unfähig, sondern auch nicht ernstlichen Willens ist, das zu weit nach links gerutschten Genossen so zu begegnen, wie es das Wohl des Volkes erfordert. Wir wollen keine Kompromisse mehr mit dem Bolschewismus, wir wollen nicht abwarten, bis ihm der Kampf beiebt, sondern wir wollen schonungslos und rückwärtslose Niederschlagung dieser volksfeindlichen Bewegung. Deutschland gleicht einer belagerten Festung. Da gibt es für Jeden, der zu der Befreiung dieser Festung gehet und Verrat übt, nur eine Strafe — nämlich den Tod. Todesstrafe werden, der zu Sabotage und Streik hehlt! Todesstrafe den Regierenden, die die Massen zu Demonstrationen auf die Beine bringen! Todesstrafe den Schmierfinken, die die blutige Revolution predigen!“

Mit andern Worten: Angriffsstreik auf der ganzen Linie gegen den Bolschewismus. Mag Blut fließen oder nicht. Besser, daß das Blut von Hezern, Hahnen und Aufstrebenden fließt, als daß auch nur einem ordnungsliebenden Volksgenossen ein Haar gekrümmt wird.“

Also auf — Herr Noske! Es Warte sein, daß andere Leute Ihren „braven Truppen“ die heilbrödienter Vorseeren streitig machen. Die Geschäfte ist wirklich ernst:

„Ein Versagen der Regierung lassen wir uns nicht mehr länger gefallen. Zum Besten des Volkes werden wir zur Selbsthilfe greifen und mit den Waffen in der Faust unser Deutschland von dem Bolschewistengescheiß säubern.“

Wenn dieser Holz nicht solcher Kombi-diant und Maulheld wäre, könnte man fast sagen, daß er eine sympathischere Figur macht, als jene schleinigen Politkanten, die das Proletariat immer noch mit dem Schwindel von der kapitalistischen „Demokratie“ zu betrügen wissen. So aber ist er harnisch. Allein, es ist zu spät aufgestanden, um dem deutschen Proletariat beizubringen, was es mit der kapitalistischen „Demokratie“ für eine Bewandnis hat. Dafür sorgt längst schon Deutschlands „starker Mann“, Herr Noske.

K P H Partei-Anzeiger

R. P. Groß-Hamburg.
Büro: Rosenstr. 40 b. 1., Tel. C. 5653.

Bezirk St. Georg, 1 u. 2: Dienstag, 16. März, Bezirksversammlung bei Hermann, Schmilindstr., Vortrag und Diskussion.

Distrikt St. Pauli: Distriktsversammlung am Dienstag, 16. März, abends 7 Uhr, bei Bulander, Eimsbüttelerstr. 12.

Distrikt Eimsbüttel: Heute, Sonntag, 13. März, Familienversammlung bei Sturm, Schwanenstr. 21. — Bezirksversammlung Dienstag, 16. März, abends 7 Uhr in den bekannten Lokalen.

Distrikt Warmbe-Ählenhork: Dienstag, den 16. März, abends 7 Uhr, bei Erolsch, Elsfahr. 24. Tagesordnung: Die politische Lage, Referent Gen. Ahlers.

Distrikt Gildede: Distriktsversammlung am Dienstag, den 16. März, abends 7 Uhr, bei Söhne, Hammersteinstr. 30.

Distrikt Hammerbrook: Distriktsversammlung am Dienstag, 16. März, abends 7 Uhr, bei Mischelet, Viktoriastr. 47. Montag, 15. März, abends 7 Uhr, Versammlung aller Funktionäre und Gruppenoberte bei Mischelet, Viktoriastr. 47.

Distrikt Notenburgsort-Weddel: Distriktsversammlung am Dienstag, 16. März, abends 7 Uhr, bei Witt, Streifenstraße 108.

Distrikt Altona Nord: Distriktsversammlung am Dienstag, 16. März, bei Seiler, Gr. Rosenstr. 32. Die Reorganisation der Partei und die politische Lage, Referent Genosse Straupe.

Distrikt Altona Süd-Ottensen: Mitgliederversammlung am Dienstag, 16. März, abends 7 Uhr, bei Brandt, Große Verahinge 138.

Alle Ottensener Genossen, die auf dem Boden der kommunistischen Ortsgruppe Hamburg stehen und den Beschluß der 10 Unentwachten Sparschaftsbündler in Eurer Distriktsversammlung vom 2. ds. M. nicht anerkennen, also gewillt

sind, nach wie vor der Sache der proletarischen Revolution zu dienen, werden ersucht, sich an den Distrikt Altona anzuschließen. S. A.: Dörge.

Alle Nachrichten für den Partei-Anzeiger müssen bis Donnerstag Mittag, 12 Uhr, im Sekretariat abgegeben sein.

Donnerstag, den 18. März, abds. 7 Uhr Öffentliche Versammlung im Winterhuder Fährhaus Gudtwalderstraße.

Thema: Sowjet-Rußland u. der Friede
Referent: Genosse Wolffeim.
Kommunistische Partei Hamburg.

Öffentliche Volksversammlung am Donnerstag, den 18. März 1920 abends 7 Uhr in Hans-Gesellschaftshaus.

Thema: Der 18. März.
Referent: Genosse Gapp.
Freie Kommunistische Jugend.

Arbeiter-Schwimmverein von Hamburg und Umgegend

Samstag, den 14. März, 1920
Kostümfest

Ein Fest großer Kinder
in sämtl. Räumen des Gewerkschaftshauses
Großer Jubel und Trubel.

Mitglieder und Gäste werden gebeten, möglichst in Kinderkleidung zu erscheinen. Eintritt 3 Mark.
Eintritt 3 Mark.

Karten sind zu haben bei sämtlichen Abteilungsleitern und bei Stangenberg, Blarrenladen, Gewerkschaftshaus. Das Festkomitee.

Geschäftsführer gesucht.

Kaufmännische Vorbildung und organisatorische Fähigkeiten Bedingung.
Meldung sofort schriftlich an: Vorstand
der K. P. S. Sekretariat Hamburg, Rosenstr. 40 b.

Humbel, Platina, Antiken, Wand-
scheine kauft
Hirsch

1. Geschäft: Wertrage 9
2. " " Wertrage 7
3. " " Kattier Wilhelmstr. 8
4. " " Neveböhne 128.

Alteisen-Metalle und
Bruchglas kauft
Theophil Bierzbill

Hammersteinstr. 80.
Telephon Alster 1560.

Herliches Anleider

Schlafzimmer in Eiche,
Bürde und Mahagoni, Kom-
plet mit Marmor und Auf-
lagen von M. 2200—4500.

Sofa mit gutem Stoff,
laßerte und gezeichnete Mäthen,
preiswert. Wöbelh. Müller,
Steindamm 107, hochptr.

Häute, Hörner, Felle

kaufen zu
Marktpreisen
Aagist & Gottlieb
Dawög., Catharinastr. 36
Fernspr.: Hanfa 5876.

Zahle hohe Preise

bis Mfr. 1.50 pro Kilo
für Zeitungspapier,
bis 20 Pfg. pro Stück
für Flaschen, Medizinflaschen,
Alte Bücher, Adressbücher usw.

Peters & Berger

Paradieshof, Haus 2

Verantwortl. i. d. Red. G. Gapp.
Verlag: Wöbelh. Müller & Co., 509
Druck: J. B. Andreien, Hamburg.